

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postsparkamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Altkoalstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

### Der 4. Kongress der Fabrikarbeiter-Internationale.

(Schluß.)

In der Nachmittagsitzung des zweiten Tages kommen die unter Punkt 7 der Tagesordnung vorliegenden Anträge zur Verhandlung.

Jönsson (Oslo) begründet einen Antrag (1) des Norwegischen Papierarbeiterverbandes und des Norwegischen Chemiarbeiterverbandes, der verlangt, einen internationalen Kampffonds zu schaffen mit einem Beitrag von 1/4 holländischen Gulden pro Mitglied und Jahr. Der Fonds soll nur in ganz außergewöhnlichen Fällen in Anspruch genommen werden. Bei unserer heutigen Mitgliederzahl hätten wir bis zum nächsten Kongress einen Grundstock von über 800 000 Gulden.

Brey (Hannover): Zunächst muß jede Landesorganisation die Mittel für ihre Kämpfe aufbringen. Wenn die Verbände in Kämpfe eintreten, die ihre Kräfte übersteigen, und sich auf die internationale Kasse verlassen, dann wird einmal das Verantwortungsgefühl geschwächt, und zweitens würden unter heutigen Umständen die internationalen Mittel doch nicht hinreichen. Da ist es schon besser, es bleibt, wie es bisher war; die internationale Hilfe soll freiwillig und nach Möglichkeit erfolgen. Es wird nicht überall so vorstichtig kalkuliert wie in Norwegen. Bevor wir in Deutschland die Hilfe der Landeszentrale bekommen, müssen wir nachweisen, daß wir Vorsicht geübt haben, daß wir unser Vermögen flüssig gemacht haben, und daß wir Ertragsbeiträge erheben, dann können wir evtl. Unterstützung bekommen. So wird es auch in anderen Ländern sein. Was Recht und Taktik im Lande ist, muß auch international gelten.

1/2 Gulden pro Mitglied ist außerdem reichlich hoch. Es wäre auch zu prüfen, ob die Organisationen so etwas tragen können, wenn nicht ein dem Antrag Oslo entsprechender Beschluß ganz und gar sich nachteilig auswirken würde.

Großmann (Hannover) wendet sich gegen die Einführung eines internationalen Kampffonds. Trotzdem wollen wir nach wie vor Solidarität üben. Die solidarische Hilfe ist in Deutschland verbürgt, unter den von Brey genannten Bedingungen. Anders darf es nicht sein. Die Annahme des Antrages der Exekutive trifft das Richtige und reicht für alle Fälle aus, in denen mehr nötig ist als moralischer Beistand. Der Antrag der Exekutive ist der Ausdruck der Solidarität, wie sie sich am besten und vorzuziehendsten auswirken kann.

De Jonge (Amsterdam) Wir sind überzeugt, daß die Norweger ihren Antrag nicht in ihrem eigenen Interesse eingereicht haben. Aber der Vorschlag ist nicht gut. Man muß einen Antrag von solcher Tragweite mit zahlenmäßigem Material stützen. Das ist nicht geschehen. Das müßte also noch nachgeholt werden. Das Exekutivkomitee ist bereit, die notwendige Untersuchung vorzunehmen.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag (1) Norwegen abgelehnt, dagegen folgender Antrag (2) der Exekutive angenommen:

„Der Kongress gibt als seine Meinung zu erkennen, daß jeder Verband sich derartig finanziell einrichten muß, daß er in der Lage ist, die normalen Gewerkschaftsaktionen finanzieren zu können;

er ist weiter der Auffassung, daß, falls ein Verband in finanzielle Schwierigkeiten gerät, in erster Linie ein Appell an die Landesinstanzen ergehen muß;

er rechnet jedoch mit der Möglichkeit, daß auch ein Aufruf wegen Unterstützung an die an die Internationale der Fabrikarbeiterverbände angeschlossenen Organisationen notwendig werden kann;

er beauftragt die Exekutive, in einem solchen Falle zu prüfen, ob eine derartige Notwendigkeit gegeben ist, um die angeschlossenen Verbände beraten zu können;

er gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die angeschlossenen Verbände die internationale Solidarität beobachten werden, wie dies bereits bei den stattgefundenen Konflikten in Dänemark und in Frankreich der Fall gewesen ist;

er erteilt der Exekutive den Auftrag, eine Untersuchung nach der angemessensten Weise, wie eine etwaige Unterstützung aufgebracht werden muß, einzuleiten und über das Ergebnis ihres Befundes dem folgenden Kongress Bericht zu erstatten, falls die Exekutive die Gewährung von Unterstützung für notwendig erachtet.

Der Kongress fährt am dritten Verhandlungstag in der Beratung der Anträge fort.

Jönsson (Oslo) begründet den Antrag (3) der norwegischen Verbände, der die im Artikel 14 des Statutes der Internationale geregelte Verteilung der Stimmenzahl der Delegationen auf dem Kongress ändern will. Die kleinen Organisationen sollen mehr Einfluß bekommen, die Stimmenzahl der großen Verbände soll im Maximum 10 Stimmen betragen.

Lhiemig (Hannover) spricht für Ablehnung. Bis jetzt hat sich keine Majorisierung der kleinen Verbände durch die großen herausgestellt. Der Antrag Norwegen würde den repräsentativen Charakter unserer Tagungen wesentlich herab-

drücken. Der deutsche Verband hat niemals seine volle Mandatszahl ausgenutzt. Nur diesmal, weil wir in Hannover tagen, haben wir zahlreicher beschickt, aber nicht zum Zwecke der Majorisierung. Vor drei Jahren hat die dänische Organisation zur Tagung in Kopenhagen eine höhere Delegiertenzahl geschickt als auf frühere Tagungen. Es hat auch damals niemand Einspruch dagegen erhoben, weil dazu keine Ursache vorlag.

De Jonge (Amsterdam) ist überzeugt, daß die Norweger ihren Antrag nicht eingereicht hätten, wenn sie gewußt hätten, wie das Abstimmungsverhältnis sich hier praktisch auswirkt. Ich stelle fest, daß keiner der anwesenden Verbände die Majorität besitzt.

Jönsson wünscht nicht, daß die Deutschen den von ihm vertretenen Antrag als gegen sich gerichtet ansehen. Er zieht den Antrag zurück.

Jönsson (Norwegen) begründet einen weiteren Antrag (4) der norwegischen Verbände, einen Kongress der Vertreter der leitenden Organisationen jener Länder, wo kein Verband der Internationale angeschlossen ist, einzuberufen. Auch die russische Grenze soll kein Hindernis sein.

#### Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Völkerfrieden.

Eine sichere Grundlage für den Frieden und volle Sicherheit für die Überwindung des militärischen und wirtschaftlichen Imperialismus, folglich auch für die Abrüstung der Völker, für den allgemeinen Frieden, kann sich nur ergeben aus dem engen wirtschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen, das nicht Herrschaft eines Volkes über das andere, sondern die gemeinschaftliche Arbeit für die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder sich als Ziel setzt.

Mertheim.

Brey (Hannover) erklärt, daß wir selbstverständlich die Verbände der ganzen Welt erfassen wollen ohne Ausnahme. Der Antrag 4 wird zurückgezogen zugunsten des Antrages (5) der Exekutive, der zum Beschluß erhoben wird und wie folgt lautet:

„Der Kongress stellt auf Grund des Berichtes des Sekretärs fest, daß in der hinter uns liegenden Berichtsperiode eine umfassende Werbearbeit ausgeführt wurde;

er beschließt, diese Werbearbeit für den Anschluß weiterer Verbände fortzusetzen, und er erwartet, daß die Tätigkeit des Sekretärs weitere günstige Folgen für die Vergrößerung der Internationale haben wird.“

De Jonge (Amsterdam) begründet hierauf den folgenden Antrag (6) der Exekutive:

„Die Verschmelzung der Internationalen Sekretariate der Fabrikarbeiter, der Glasarbeiter und der Keramischen Arbeiter zu einem einzigen, alle Gruppen umfassenden Sekretariat ist notwendig.

Der Kongress erteilt daher der Exekutive den Auftrag, zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Vorständen der anderen beiden Sekretariate einzuleiten und darüber auf dem nächsten folgenden Kongress Bericht zu erstatten.“

De Jonge führte aus: Gegenwärtig gibt es für jede der drei genannten Gruppen eine besondere Internationale: 1. die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter mit dem Sitz in Amsterdam; 2. die Internationale Föderation der keramischen Arbeiter mit dem Sitz in Berlin; 3. die Internationale der Glasarbeiter mit dem Sitz in Paris. In Deutschland, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, Jugoslawien, Polen sind die keramischen Arbeiter und die Glasarbeiter bereits mit den Fabrikarbeitern in einer Organisation. Deshalb sind nicht mehr drei internationale Berufssekretariate notwendig. Ich bin nicht der Auffassung, daß erst national der Zusammenschluß erfolgt sein muß, ehe international zusammengefaßt werden kann. Heute gehören der Fabrikarbeiterinternationale drei dänische, drei norwegische und zwei schwedische Organisationen an. Schwierigkeiten entstehen dadurch in der Praxis nicht. Die Glasarbeiterinternationale hat bereits auf ihrem Kongress im Jahre 1927 beschlossen, die Verschmelzungsfrage im Sinne unseres Antrages (6) zu fördern. Der Genosse Delzant (Paris), der Vorsitzende der Glasarbeiterinternationale, hat bereits ein entsprechendes Rundschreiben verschickt. Für den im August 1929 tagenden Kongress der Internationale der keramischen Arbeiter liegt eine Resolution

im gleichen Sinne vor. Der Kollege Müller (Hannover) glaubt allerdings, erst dann könne international zusammengefaßt werden, wenn das national geschheh sei. Dieser Auffassung bin ich nicht. Die Fabrikarbeiter-Internationale zählt zirka 600 000 Mitglieder, die Internationale der Keramarbeiter 150 000 und die Internationale der Glasarbeiter 100 000 Mitglieder. Von den beiden Internationalen der Keram- und Glasarbeiter entfallen 200 00 Mitglieder auf Deutschland, und diese gehören bereits dem Fabrikarbeiterverband an. Es bleiben also nur noch 50 000, die zum Teil wieder in anderen Ländern den Verbänden der Fabrikarbeiter angehören. Es liegt also kein Grund vor, den Standpunkt des Kollegen Müller (Deutschland) einzunehmen.

Müller (Hannover): Gegen den Antrag der Exekutive, die Sekretariate der Fabrikarbeiter, Glasarbeiter und keramischen Arbeiter zusammenzuliegen, wird sich niemand wenden. Es wird sich nur darum drehen, wie am besten diesem Ziele zugestrebt werden kann. Ich nehme eine etwas andere Stellung ein als Kollege de Jonge. Während de Jonge den Standpunkt vertritt, daß ohne Rücksicht auf eine Vereinigung in nationaler Weise die Zusammenfassung in eine Internationale geschehen kann, vertritt ich die Anschauung, daß Vorbedingung einer Vereinigung in eine Internationale die nationale Zusammenfassung der in Betracht kommenden Verbände ist. Dabei denke ich nicht daran, zu warten, bis auch die kleinste Industriegruppe innerhalb eines Landes dies getan hat. Soweit aber bedeutungsvolle Industriegruppen eines Landes in Betracht kommen, halte ich diese Vorbedingungen für notwendig. Ich verweise auf die beiden Industriegruppen Glas und Keramik in der Tschechoslowakei. Der Zusammenschluß dieser beiden wichtigen Gruppen des Landes war erforderlich, um so den Weg der Vereinigung in eine Internationale frei zu bekommen. Diese organisatorische Vorarbeit ist nach meiner Meinung die beste Form für die Zusammenlegung in eine Internationale. Selbstverständlich bin ich für den Antrag 6.

Van den Bosche (Paris): In Frankreich haben wir Verhandlungen eingeleitet zwischen dem Chemie-, dem Papier-, dem Keram- und dem Glasarbeiterverband mit dem Ziele der Verschmelzung. Keram- und Glasarbeiter haben bereits gemeinsam getagt, die Frage ist aber noch nicht entschieden. Auf einem nächstjährigen Kongress werden wir mit den Glasarbeitern die Angelegenheit behandeln.

Der Antrag 6 wird hierauf angenommen.

Brey (Hannover) begründet den Antrag (7) der Exekutive auf Änderung des Artikels 2 der Satzungen. Es sind Zweckmäßigkeitsgründe, die eine andere Fassung erfordern. Die seitherigen Bestimmungen lauten:

„Der Sitz der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände befindet sich in demselben Lande und in derselben Stadt, wo sich der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes befindet.“

Der Wortlaut der diesbezüglichen neuen Bestimmung des Artikels 2 soll entsprechend dem Antrag 7 wie folgt sein:

„Der Sitz der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände wird auf jedem Kongress aufs neue bestimmt.“

Der Kongress stimmt dieser Fassung zu.

Brey (Hannover) begründet den Antrag (8) der Exekutive, der eine Änderung des seitherigen Artikels 10 der Satzungen bringen soll. Seither kannten wir nur internationalen Kongress und Exekutive als Organe der internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände. Jetzt soll ein neues Organ, ein Vorstand von drei Mitgliedern, eingesetzt werden. Wir sind jedoch bereit, den Vorstand mit vier Mitgliedern zu besetzen, so daß die Engländer einen Sitz erhalten. Der Vorstand ist leitendes Organ. Dieses Organ muß selbstverständlich bestrebt sein, keine Beschlüsse zu fassen, die bei einer Landesorganisation Widerspruch auslösen. Seither haben wir solch unangenehme Erscheinungen nicht gehabt. Der Vorstand als kleinste Gruppe soll in ganz dringenden Fällen Entscheidungen treffen, die nicht aufschiebbar sind. Wenn gefragt ist, Holland habe zwei Vertreter, so stimmt das nicht. Der Sekretär gilt nicht als Holländer, sondern als über den Landesorganisationen stehend. Der Sekretär vertritt nicht Holland, sondern die ganze Internationale. Ich bitte also, diesbezüglich keine Änderung vorzunehmen.

Dukez (London): Über die Befugung des Mandates einigten sich die englischen Verbände. Ich schlage vor, zunächst den Vorstand aus sechs Mitgliedern zu wählen, anschließend des Sekretärs. Nachher wählen wir die Exekutive von vier Personen aus diesen sechs. Sollen mehr als sechs in den Vorstand, so haben die englischen Delegierten nichts dagegen. Vorstand und Exekutive sollen ihre Rollen finden.

Nielsen (Kopenhagen) will die Zahl der Exekutiv auf fünf festlegen. Es sollen auch die Skandinavier vertreten sein. Im Vorstand soll jedes Land einen Vertreter haben. Soblet (Belgien) schlägt vor, statt Vorstand Generalrat zu sagen. Brey ersucht, Änderungen nicht mehr vorzunehmen. Mein Vorschlag war gemacht, um den britischen Kollegen nahezukommen. Meine Ausführungen sind ein Kompromiß. Da eine zusage Formulierungen über die Schaffung eines Vorstandes nicht gemacht wird, dieses neue Organ jedoch auch keine dringende Notwendigkeit ist, werden die hierauf bezüglichen Anträge 8, 12, 13 zurückgezogen. Es bleibt also bei dem jetzigen Wortlaut des Artikels 10 der Satzungen.

Beschlossen werden folgende Anträge der Exekutive: Nach Antrag 9 lautet in Zukunft Artikel 11 der Satzungen: „Die höchste Instanz in der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände ist der Internationale Kongress, der alle drei Jahre stattfinden muß.“

Antrag 10: Artikel 13 der Satzungen lautet nunmehr: „Die Tagesordnung, die Berichte des Sekretariats und der Organisationen sowie die Anträge sind den angeschlossenen Organisationen mindestens zwei Monate vor Stattfinden des Kongresses zu übersenden. Zusatzanträge müssen einen Monat vor Stattfinden des Kongresses eingereicht werden.“

Entsprechend dem Antrag 11 erhält der Artikel 15 folgende Fassung: „a) Festsetzung des Sitzes der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände; Angabe der Länder, die einen Vertreter in die Exekutive anweisen müssen, sowie die Wahl des Vorsitzenden und des Sekretärs. e) Wird gestrichelt.“

Nach Antrag 14: An Stelle des Wortes „Schwedische“ zu setzen „Skandinavische“.

Nach Antrag 15 wird beschlossen: Die Exekutive setzt sich zusammen aus den Vertretern folgender Länder: Belgien (Stellvertreter Frankreich), Deutschland (Stellvertreter Deutschland), England (Stellvertreter England), Niederland (Stellvertreter Niederland), Österreich (Stellvertreter Tschechoslowakei), Skandinavien (Stellvertreter Skandinavien), der Sekretär.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung wird Amsterdam wieder als Sitz des Sekretärs bestimmt.

Einstimmig wählt der Kongress den Kollegen Brey (Hannover) wieder zum Vorsitzenden und den Kollegen de Jonge (Amsterdam) zum Sekretär der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände. (De Jonge hatte seit dem Abgange Steinhuis den Sekretärposten nur provisorisch versehen.) In die Exekutive werden gewählt: für Belgien: P. Jassin, für Deutschland: A. Brey, für Großbritannien: C. Dukes, für die Niederlande: D. J. Jürgens, für Österreich: J. Weiß (Stellvertreter: J. Jaha, Tschechoslowakei), für Skandinavien: J. Jansson (Stellvertreter: A. Nielsen, Dänemark).

Brey (Hannover) dankt dem Kongress für sich und im Namen de Jonges für die Wahl, die ein Zeichen des Vertrauens ist und zugleich die Absolution für begangene Sünden.

De Jonge (Amsterdam) gibt einen kurzen Rückblick über das Wirken des Kollegen Brey als Vorsitzenden der Internationalen, spricht den Dank aus für dessen erfolgreiche Tätigkeit und hofft, daß Brey noch recht lange an dieser Stelle wirken möge im Interesse der Internationale.

Kollege Brey wird am 1. August 65 Jahre alt. Wir freuen uns, die Gelegenheit wahrzunehmen zu können, um ihm unsere herzlichsten Glückwünsche darzubringen, was ich hiermit im Namen der Internationale tue. (Langanhaltender Beifall des Kongresses.) (Vor August Brey werden im Namen der Exekutive zwei Vasen mit prächtigen Rosen und Nelken aufgestellt.)

Nielsen (Kopenhagen) dankt anschließend im Namen des Kongresses für die Gastfreundschaft der deutschen, der holländischen Kollegen.

Brey (Hannover), Schlußwort: Wir freuen uns Ihrer Anerkennung, obwohl wir nur unsere Pflicht getan haben und damit die Liebessolidarität und Gastfreundschaft unserer ausländischen Kollegen noch nicht abgegolten ist.

Ich danke Ihnen auch für die mir zu meinem Geburtstage zuteil gewordene Ehrung, die mir überraschend kommt. Sie bringen mich fast in Verlegenheit. Und nun zum letzten Punkt unserer Tagesordnung:

Es erscheint mir bedenklich, daß unsere Beschlüsse alle fast einstimmig gefaßt worden sind. Das ist ein Beweis der Beschlossenheit in der Fabrikarbeiter-Internationalen. Ich spreche den Wunsch aus, daß es gelingen möge, alle Organisationen der Welt bald zu erfassen. Große Länder stehen noch fern. Den Amerikanern sind wir vielleicht zu revolutionär, den Russen sind wir nicht revolutionär genug. Den Russen haben wir es an mehreren Kongressen gesagt, wenn ihr es unterläßt, in unserer Verbänden diskutieren zu wollen, entsprechend den Erfordernissen der russischen Regierung, dann fällt der Trennungsschritt zwischen uns. Wir können den Russen nicht folgen. Wir wissen, daß die Entwicklung Zeit braucht bis zur Erreichung des Sozialismus. Wir müssen unterscheiden, die Menschen geistig befähigen, daß sie sich einmischen lernen in die Gesamtheit und für deren Interessen wirken werden. Das Referat Raphaelis auf diesem Kongress zeigt, wie der Kapitalismus und wie die Arbeiterklasse wirtschaftsgeschichtlich stehen. Wir kämpfen um die völlige Befreiung der Arbeiterklasse in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir kämpfen um die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsarbeit ist eine wirklich revolutionäre Tätigkeit und liegt auf dem Weg zum Sozialismus. Brey bringt ein dreifaches Hoch aus auf die revolutionäre, völkerbefreiende Arbeiter-Internationalen, in des die Delegierten begeistert einstimmen. Mit dem Anfangen der ersten Sitzung der „Internationalen“ hat der Kongress am 1. Uhr sein Ende erreicht und wird von Brey geschlossen.

### Dankagung.

Zu meinem 65. Geburtstage sind mir vom Hauptvorstande und aus allen Abteilungen des Hauptbüros, von Hauptvorständen, Zahlstellenleitungen, vom Schulheim Wennigsen und aus anderen Verbandskreisen Glückwünsche und sonstige Zeichen von Freundschaft in überreicher Weise zugegangen.

Da es mir bei der großen Zahl der Gratulanten nicht möglich ist, jedem besonders zu danken, so sage ich allen Verbandskolleginnen und Verbandskollegen auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Hannover, den 3. August 1929. August Brey.

### Dank an die Internationale.

Den Genossinnen und Genossen aus der Internationalen Fabrikarbeiter-Vereinigung, die meiner anläßlich meines 65. Geburtstages durch Glückwünsche und Geschenke gedachten, spreche ich auf diesem Wege meinen Dank aus.

Hannover, den 3. August 1929. August Brey.

### Das sozialistische Wirtschaftssystem fördert die Arbeitslust.

Die auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle und alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffenslust und einen Wett-eifer erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden sind. Veibel.

### Dritte Ausschusssitzung des ADBB.

Am 30. Juli traf der Bundesauschuß des ADBB. zu seiner dritten Sitzung zusammen. Leipzig erstattete den Bericht des Bundesvorstandes.

Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Ausbau der Tarifstatistik in die Wege zu leiten. Das wird so leichter sein, als bereits eine Anzahl unserer Verbände eine musterartig ausgebaute Tarifstatistik besitzen.

Der Reichstag hat kurz vor seinen Ferien Vorkerkhöbungen für eine Reihe wichtiger Lebensmittel beschlossen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Lebenshaltung werden vom Vorstand eingehend verfolgt. Eine der nächsten Bundesauschusssitzungen wird sich ausführlich mit den gesamten Fragen der Landwirtschaft beschäftigen müssen.

Auf der nächsten Sitzung der „Gesellschaft für soziale Reform“ werden Referate über das Schlichtungswesen von den Professoren Eingelmeier und Deckerath gehalten werden. Ferner ein Referat von Professor Bruns über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik. Die Verbände werden auf diese Sitzung besonders hingewiesen.

Die Fertigstellung unserer Bundeszeitschrift ist durch den langen Winter leider verzögert worden. Der Betrieb wird daher erst bei Beginn des neuen Jahres aufgenommen werden können.

Leipzig begrüßt den Vizepräsidenten des japanischen Gewerkschaftsbundes, Matsumoto, der als Vertreter seiner Organisation an der letzten Internationalen Arbeiterversammlung in Genf teilgenommen hat und nunmehr Wert darauf legt, wenigstens kurze Zeit an einer Sitzung des Bundesauschusses teilzunehmen.

Der Bundesvorstand genehmigte nach kurzer Debatte den Vorstandsbericht.

Der zweite Verhandlungstag erhielt einen traurigen Auftakt durch die Nachricht von dem schrecklichen Explosionsunglück im Waldenburger Bergrevier. Leipzig sprach den Hinterbliebenen das herzlichste Beileid des Bundesauschusses aus und versprach, daß die Gewerkschaften mit aller Kraft für eine weitere Verbesserung des Grubenbaues eintreten werden.

Dann erhielt Spliedt das Wort zu seinem Bericht über die Reformvorschlüge zur Arbeitslosenversicherung

des vom Reichsarb. Minister eingesetzten Sachverständigenausschusses. Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der Finanzschwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung gab Spliedt einen Überblick über die Arbeiten der für die Reform der Arbeitslosenversicherung eingesetzten Sachverständigenkommission. Er betonte, daß der Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses insbesondere von den freien Gewerkschaften am deswillen gemacht worden sei, um den teilweise äußerst unglücklichen Parteistreit in eine ruhige Atmosphäre überzuführen. Jedoch hätten sich die auf den Ausschuss gesetzte Erwartungen schon darum nicht erfüllen können, weil die für die Beratungen vorgesehene Zeit von vier Wochen gänzlich unzureichend gewesen sei, um die wirklich schwierigen Probleme der Arbeitslosenversicherung erschöpfend zu behandeln. Aus diesem Grunde seien beispielsweise die Heim-arbeiterfrage und die Frage der unständig Beschäftigten nicht positiv geregelt, sondern dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zur näheren Beschäftigung überwiesen worden. Der Ausschuss selbst dagegen habe sich vorwiegend, neben der Behandlung einzelner Mängel, mit dem finanziell besonders ins Gewicht fallenden Fragen beschäftigt. Zum Verständnis der Beschäftigung des Ausschusses sei im übrigen die Art der Zusammenfassung entscheidend. Die freien Gewerkschaften hätten zusammen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion nur über fünf Stimmen verfügt. Es sei auch kein wesentlicher Rückhalt an den Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen zu finden gewesen, weil insbesondere die Christlich-Sozialen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, Ersatzkosten für die Angehörigen zu schaffen, jegliche Solidarität hätten verweigern lassen. Aber auch die im Ausschuss vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verbesserungen der Versicherung mitzuwirken. Leider müsse dieser Fortschritt auch in vollem Umfang gegenüber dem preussischen Vertreter erhoben werden.

Auf die Einzelheiten der Kommissionsberatungen eingehend, stellte Spliedt in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die den dort angestellten Berechnungen zugrunde gelegte Schätzung der voranschreitenden Arbeitslosigkeit über jedes gerechtfertigte Maß hinausgegangen sei. Die Schätzung einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung sei weder durch die Erfahrungen der Vergangenheit zu belegen, noch durch die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes begründet. Auf dieser falschen Schätzung basieren aber die wichtigsten der Kommissionsberatungen auf.

Der Vorschlag der freien Gewerkschaften, eine Beitragserhöhung um 1 v. H. des Lohns vorzunehmen, sei abgelehnt worden. Gewählt worden sei der Weg der Kombination einer Beitragserhöhung um 1/2 v. H. des Lohns einerseits und Einsparungen in der Unterfützung andererseits. Diese Einsparungen sollten zu einem wesentlichen Teile durchgeführt werden durch eine Staffelung der Unterfützungshöhe nach der vorausgegangenen Anwartschaftszeit, so daß in Zukunft nur bei einer mindestens 5monatigen, nicht durch Unterfützungsbezug unterbrochenen Beschäftigungsdauer die heutigen Unterfützungshöhe erreicht werden könnten. Die Annahme eines solchen Vorschlages würde für fast 75 v. H. der Arbeitslosen eine wesentliche Herabsetzung ihrer Unterfützung bedeuten. Es sei auch zu bestreiten, daß die weiterhin vorgeschlagene Modifikation dieses Antrages, wonach die Gruppen I bis VI von der Kürzung unberührt bleiben sollten, im Interesse der allgemeinen sozialpolitischen Aufgaben der Versicherung, die sie insbesondere auch für qualifizierte und höher entlohnte Berufsgruppen habe, gelegen sei. Für ebenso unerträglich, wie die Annahme eines solchen Antrages, bezeichnete Spliedt die von der Kommission beschlossene Verlängerung der Wartezeit für Hauptunterstützungsempfänger ohne Zuschlagsberechtigte auf zwei Wochen. Ebenso äußerte er erhebliche Bedenken gegen die weiterhin vorgeschlagene Senkung der Unterfützung bei Ortswechsel durch Anpassung an das Lohnniveau des jeweiligen Unterfützungsortes. Dieser Antrag, der vorwiegend für die Saisonarbeiter Bedeutung habe, werde nun aber noch weiter dadurch außerordentlich verschärft, daß darüber hinaus eine allgemeine Senkung der Saisonarbeiterunterfützung auf die Höhe der Krisenunterfützung und eine allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, auch für solche mit Angehörigen, beschlossen worden sei. Durch diese Beschlüsse sei der mit dem vorher erwähnten Staffelantrag von seinen Urheberin insbesondere verbundene Zweck, eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter überhaupt überflüssig zu machen, praktisch unmöglich geworden.

Kollege Spliedt weist des weiteren noch darauf hin, daß in der Frage der eigentlichen Mängel und erkennbaren sozialpolitischen Überspannungen geeignete Vorschläge auch die Zustimmung des ADBB. gefunden hätten. Es sei eine Reihe einstimmiger Beschlüsse zustande gekommen, so z. B. über den Begriff der Arbeitslosigkeit, über Anrechnung von Wartezeit und Ruhegehalt, über eine beschränkte Anrechnung der Sozialrenten. Unmöglich sei jedoch die Zustimmung zu den eigentlichen Abbaupunkten gewesen, und zwar um so mehr, als nach den von den Sachverständigen des ADBB. angestellten Berechnungen auch eine Beitragserhöhung um nur 1/2 v. H. zusammen mit den auch von ihnen anerkannten Ersparnismaßnahmen aller Wahrscheinlichkeit nach völlig ausreichte, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Er sei sich darüber klar, daß diese Mehrheitsvorschläge des Ausschusses im Reichstage eine schwierige politische Lage schaffen werden. Auf der anderen Seite aber müsse er betonen, daß diese Schwierigkeiten seiner Meinung nach mit allen Konsequenzen in Kauf genommen werden müßten, wenn es gälte, einen ungerechtfertigten Abbau der Arbeitslosenversicherung zu verhindern.

Für die Debatte hatten sich zahlreiche Redner gemeldet. Als erster sprach:

Bernhard (Bauarbeiter): Ist die augenblickliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe — mitten im Sommer — etwa noch als jahreszeitliche Erscheinung zu werten? Sind die Bauarbeiter, die noch jetzt keine Arbeit haben, nur als saisonmäßige Arbeitslose zu bezeichnen? Die Grundlage der Versicherung ist beseitigt, wenn die Versicherung der Saisonarbeiter herausgehoben wird. Alle Mitglieder, die in Not sind, müssen vom Staate unterfützt werden. Unsere Arbeiter bringen schon jetzt mit Mühe die verlangten 28 Wochen auf. Der Bauarbeiter hat freilich einen höheren Stundenlohn; aber Stundenlohn ist nicht gleich Arbeitslohn.

Brey (Fabrikarbeiter): Es ist Aufgabe des Staates, jedem der arbeitsfähig ist, auch Arbeit zu verschaffen. Dieser Standpunkt wird selbstverständlich auch von der SPD-Fraktion im Reichstag vertreten. Zollpolitik, Young-Plan, Arbeitslosenversicherung sind die drei Hauptposten im Herbst. Die Sätze für die Arbeitslosen sind im allgemeinen nicht mehr zu beschneiden. Die Gemeinden müssen schon jetzt nicht nur zur Krisenunterfützung, sondern auch teilweise zu den niedrigen Sätzen der Versicherung beitragen. Würden die Leistungen verringert, so könnte das nur auf Kosten der Gemeinden geschehen. Das wäre für uns unerträglich und wir würden die politischen Folgerungen daraus ziehen müssen.

Simon (Schuhmacher): Wenn die Staffelung durchgeführt wird, dann fallen mehr als drei Viertel aller Schuhmacher in den Kreis derjenigen, die nicht die vollen Unterfützungssätze erhalten.

Brandes (Metallarbeiter): Wenn wir in der Arbeitslosenversicherung einen Abbau vornehmen würden — wir könnten es nicht vor unseren Mitgliedern verantworten. Bei diesem Punkte müssen wir gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen ziehen. Die Reformvorschlüge sind für uns nach jeder Richtung hin untragbar. Sie müssen auch für den Reichsarbeitsminister untragbar sein. Wir sind bereit, alle Folgerungen zu ziehen.

Larnow (Holzarbeiter): Die Beitragserhöhung von 1/2 v. H. ist zwar vom Reformauschuß angenommen, aber noch nicht im Parlament. Wir treten für eine Beitragserhöhung ein. Dann sind noch zwei einschneidende Vorschläge: Abbau der Saisonarbeiterversicherung und Staffelung der Unterfützungshöhe nach der Anwartschaftszeit. Es ist eine ganz großzügige Offenheit seitens der Unternehmer: Senkung des gesamten Lohnniveaus auf dem Wege über die Verringerung der Arbeitslosenunterfützung.

Pfeiff (Bekleidungsarbeiter): Die Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie nimmt keine Sonderstellung ein, die sie etwa von der übrigen Arbeiterschaft weitgehend unterscheidet.

Im Schlußwort hat Spliedt um die einstimmige Annahme der Resolution. Es ist nicht daran gedacht, die Heimarbeit der Versicherung zu entziehen. Wir werden auch im nächsten Jahre weiterhin eine stark saisonmäßige Arbeitslosigkeit behalten. Das liegt in den klimatischen Verhältnissen in Deutschland, das liegt an der Struktur unserer Wirtschaft.

Zusammenfassend stellt Leipzig die Übereinstimmung des Ausschusses fest in der entscheidenden Ablehnung der Vorschläge des Reformauschusses. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß nur die Arbeiterschaft die Opfer der Rationalisierung tragen soll. Wir können es nicht zugeben, daß der Reichsfinanzminister bei seiner Ablehnung verbleibt, der Reichsanstalt auf keinen Fall Sonderbezüge zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaften haben eine Erhöhung der Beitragslasten angeboten; die andere Seite hat sie nicht angenommen. Was die Unternehmer beizutragen haben, sind letzten Endes doch auch von der Arbeiterschaft erarbeitet. Erst sprach man nur von Mißbräuchen — jetzt soll dieser Einwand plötzlich nicht mehr gelten? Jetzt soll eine Verminderung der Leistungen notwendig sein? Die Gewerkschaften werden sich dagegen zur Wehr setzen.

Einstimmig wird sodann folgende Entschliessung angenommen: „Der Bundesauschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.“

Die Staffelung der Unterfützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine antragbare Härte dar. Unerträglich ist die noch weit herüber hinausgehende Unterfützungsbeschränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterfützungszugrunde gelegt wird. Der Bundesauschuß erhebt lautstarken Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kalfiktiv zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energig Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren

vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich am so weniger begreifen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer ertäglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Unterstützung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Vorfürschungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Anschließend berichtet Schlimme im Auftrage der Kommission zur Durchführung der Verwaltungsreform über die Vorschläge zur Schaffung einheitlicher Überprüfungsbestimmungen. In der Bundesgesetzgebung ist vorgeschrieben, daß bei Berufswechsel die Mitglieder unter Anrechnung ihrer geleisteten Beiträge zu der Gewerkschaft des neuen Berufs überzutreten sollen, wenn die Beschäftigung im neuen Beruf die Dauer von drei Monaten überschreitet. Mit der Einführung der Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften haben sich Schwierigkeiten ergeben, weil von den bisher 35 Verbänden nur etwa 22 mit rund 3,5 Millionen Mitgliedern diesen neuen Unterstützungszweig beschlossen oder durchgeführt haben und die Mitglieder beim Übertritt zu den Verbänden ohne Invalidenunterstützung Gefahr laufen, ihre erworbene Anwartschaft auf eine fortlaufende Invalidenunterstützung zu verlieren. Umgekehrt werden bei Übertritt zu einem Verbände mit Invalidenunterstützung die in der früheren Gewerkschaft geleisteten Beiträge auf diesen Unterstützungszweig nach ganz verschiedenen Grundätzen angerechnet. Die Leistungen und Gegenleistungen in diesem für die Mehrzahl der Gewerkschaften neuen Unterstützungszweig sind außerdem auf Grund der verschiedenartigen Struktur und der grundverschiedenen Risiken nicht einheitlich und können es auch nicht sein. Handelt es sich doch hierbei um Unterstellungen, die im Fall der Invalidität von einzelnen Verbänden schon seit an tausende Mitglieder und in Einzelfällen länger als 30 Jahre ununterbrochen gewährt werden. Um nun Härten bei Übertritten zu vermeiden, mußte der Versuch einer einheitlichen Regelung unternommen werden, ohne daß den Einzelverbänden fragbare Lasten aufgebürdet würden. Die vorgelegten Richtlinien der Kommission würden zur Kenntnis genommen. Die Verbandsvorstände sollen ihre Stellungnahme dem Bundesvorstand schriftlich mitteilen. Es bleibt dann dem Vorstand des IAWB vorbehalten, die Kommission später noch einmal mit der Frage zu beschäftigen.

Zum Schluß erledigte der Bundesausschuß eine Reihe interner Fragen.

### Arbeiterferien in den einzelnen Ländern.

Der Krieg hat auf vielen Gebieten wie ein Revolutionär gewirkt. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit, die fast in allen Ländern erfolgte, ist die Gewährung eines bezahlten Urlaubs die wichtigste Errungenschaft. Nach einer Zusammenstellung, die wir der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Rundschau“ entnehmen, betrug die Zahl der Arbeiter, die Anspruch auf bezahlten Urlaub haben, in den einzelnen Ländern:

Land	Arbeiter
Deutschland	8.680.000
Tschechoslowakei	3.000.000
Österreich	2.014.000
Großbritannien	1.500.000
Polen	900.000
Schweiz	223.814
Belgien	212.000
Lettland	160.000
Niederlande	108.936
Dänemark	106.424
Estland	51.680
Schweden	40.730
Rumänien	19.366

In dieser Zusammenstellung fehlen große Länder, wie Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Rußland u. a. In Frankreich erhalten die Arbeiter in sehr geringem Umfang Ferien. In Italien ist das Gesetz über die Ferienfrage vom Jahre 1919 nicht zur Auswirkung gekommen. In den Vereinigten Staaten werden unseres Wissens keine Ferien gewährt. In Sowjet-Rußland steht das Arbeitsgesetzbuch vom Jahre 1922 für alle gegen Lohnarbeit beschäftigten Personen Ferien vor. Doch ist noch nicht bekannt geworden, inwieweit dieses Gesetz zur Ausführung gekommen ist.

Eine gesetzliche Regelung der Ferien für den größten Teil der Arbeiter besteht in Finnland, Lettland, Luxemburg, Österreich und Polen. In allen übrigen Ländern besteht ein Anspruch auf bezahlten Urlaub nur insofern, wie ein solcher durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Abmachungen erreicht wurde. Wie obige Zusammenstellung zeigt, marschiert Deutschland an der Spitze. Von den am 1. Januar 1927 in Kraft befindlichen Tarifverträgen mit 10,9 Millionen Arbeitern hatten rund 8,7 Millionen Arbeiter das Recht eines bezahlten Urlaubs. Das sind rund 80 Prozent. In den Zahlen von Deutschland kommen noch die Angestellten und die Bediensteten in öffentlichen Betrieben, so daß die deutsche Ziffer eigentlich wesentlich höher angegeben sein müßte. Nach Deutschland dürfte Österreich am besten gestellt sein. Alle übrigen Länder bleiben weit dahinter zurück. Die deutschen Verhältnisse lassen immerhin erkennen, daß die Gewerkschaftsbewegung hierzulande in freier Vereinbarung zu besseren Resultaten kam, als in den meisten Industrieländern. Wenn sich die deutschen Arbeiter darauf auch weiter nichts einbilden, so braucht doch diese Tatsache nicht verschwiegen zu werden. Nach einer Berechnung des Internationalen Arbeitsamtes für das Jahr 1926 hatten von den 47 Millionen europäischen Arbeitern 19 Millionen oder rund 40 Prozent einen Anspruch auf bezahlten Urlaub auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen. Von diesen 19 Millionen stellt Deutschland rund 45 Proz., die beiden deutschsprachigen Länder Deutschland und Österreich zusammen rund 56 Prozent oder mehr als die Hälfte aller Arbeiter, die Ferienanspruch haben.

### Frauenfragen.

#### Fürsorge für Mutter und Kind.

Dieses für die Volksgesundheit und besonders für die Forderungen der Arbeiterklasse so wichtige Kapitel wird wohl in erster Linie die Arbeiterin etwas an. Vom 18.-20. August dieses Jahres findet in Nürnberg der 88. deutsche Krankenkassentag statt, der sich u. a. auch mit der Schwangerenfürsorge befassen wird. Auch die Änderung und der Ausbau der Reichsversicherungsordnung wird ein wichtiger Punkt der Tagesordnung sein. Schon oft hat die sozialistische Frauenbewegung, hat die Gewerkschaftspresse, haben wir im „Proletariat“ die Sorgen und Wünsche der Arbeiterin eingehend besprochen. Solange keine ausreichende Hilfe des Staates gegeben ist, bleibt das Problem der Selbsthilfe brennend. Wir sind der Meinung, daß die Forderungen der Arbeiterin auch im Staatsinteresse verständliche Dringlichkeitsforderungen sind. Die Angst bürgerlicher Staatsmänner und Bevölkerungspolitiker vor dem Geburtenrückgang (in Arbeiterfamilien natürlich) soll uns jedoch Veranlassung sein, bevölkerungspolitische Argumente mit den tatsächlich vorhandenen sozialen Leistungen in die Wagschale zu werfen. Es kommt darauf an, welche Lehre wir aus den Verhältnissen ziehen und was für die Besserstellung der proletarischen Familie praktisch erreicht wird.

Der Hauptvorstand deutscher Krankenkassen weist in einer Statistik für das Jahr 1928 eine erhebliche Steigerung in der Leistung der Wochenhilfe nach. Es wurden im Berichtsjahr 40,5 Millionen Mark gegenüber von 33,5 Millionen im Vorjahr an Wochenhilfe ausgegeben. Dabei handelt es sich nicht nur um Ausgaben auf Grund der verbesserten Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzbestimmungen, sondern auch die freiwilligen Leistungen der Krankenkassen sind beträchtlich gestiegen. Vom Standpunkt der Arbeiterin sind diese Maßnahmen besonders zu begrüßen. Drückt sich doch darin eine erweiterte Fürsorge für Mutter und Kind aus. Die Krankenkassenverbände erkennen immer mehr, daß weitergehende fürsorgliche Maßnahmen für Mütter und Kinder zu ergreifen sind. Hier könnte die Mitarbeit der Frau (besonders als Krankenkassenauswahlsmitglied und in ähnlichen Funktionen) viel dazu beitragen, daß im Interesse der Volksgesundheit und damit aus den für die Arbeiterklasse wichtigsten bevölkerungspolitischen Gründen nützliche Arbeit geleistet wird. Die große Bedeutung planmäßiger Mütter- und Säuglingsfürsorge wird so auch klar beim Lesen der Zeilen, die die Leiterin der Schwangerenfürsorge des Verbandes der Krankenkassen Berlins, Dr. med. Alice Vollnhals, den Dingen widmet. Sie schreibt u. a.:

„Obwohl die Bevölkerung in Deutschland sich seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts auf etwa das Doppelte vermehrt hat, hat die absolute Geburtenzahl etwa den Stand beibehalten, den sie damals aufwies. Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Jahrhundertwende bewegte sich die relative Geburtenzahl um 35 bis 36 je 1000 Einwohner. Im Jahre 1927 betrug die relative Geburtenzahl (einschließlich Totgeborenen) in Deutschland 18,4, also nur noch die Hälfte des früheren Durchschnitts. Die sogenannte Fruchtbarkeitszahl, d. h. die Zahl der Geburten, die jährlich auf 1000 Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter kommt, ist seit der Jahrhundertwende auf die Hälfte gesunken, und zwar allgemein und bei den ehelichen Geburten. Der Anteil der unehelichen Geburten beträgt heute nach wie vor etwa 10 v. H. der gesamten Geburten. Der Geburtenrückgang macht sich in den Großstädten besonders bemerkbar. Die Geburtenzahl betrug im Jahre 1927 z. B. in Dresden 11,1 Frankfurt a. Main 11,6 München und Stuttgart 12,0, in Berlin sogar nur noch 9,9. Die Reichshauptstadt hat danach die niedrigste Geburtenzahl unter den europäischen Großstädten aufzuweisen, so daß in Berlin bereits ein Sterbeüberschuß eingetreten ist und der Zuwachs nur noch durch Zuwanderung bestritten wird. In den mittleren und kleinen Städten betrug im Jahre 1927 die relative Geburtenzahl 16,9 und 17,3; auf dem Lande ist sie etwas höher, doch ist auch dort demnächst mit einer Einschränkung der Fortpflanzung zu rechnen. Glücklicherweise wird der verminderte Zuwachs durch einen verminderten Abgang in seiner Auswirkung verringert, da gleichzeitig auch die Sterblichkeit heruntergegangen ist. So betrug die relative Sterbezahl um die Mitte des vorigen Jahrhunderts 30 auf 1000 Einwohner, gegen die Jahrhundertwende verminderte sie sich auf 20 je 1000 und ist heute auf etwas über 12 gesunken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Geburten niedriger geworden ist, also dementsprechend die Sterblichkeit im ersten Lebensjahre an sich vermindert ist. Bei der heutigen Sterbezahl und dem Altersaufbau der Bevölkerung sind jedoch etwa 17 Geburten auf 1000 Einwohner zur Erhaltung des Volksbestandes notwendig. Da wir bereits im Jahre 1927 eine Lebendgeburtenzahl von 18,4 erreicht haben, sind wir nicht mehr weit von der Gefahrengrenze entfernt. Bei weiterer Sinken der Geburtenzahl ist nach menschlichem Ermessen demnächst allgemein mit einem Sterbeüberschuß zu rechnen. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß wir uns bereits jetzt schon im Anfang einer Überalterung des Volkes mit allen ihren schwerwiegenden Folgen befinden. Die weitere Abnahme der Geburten führt in absehbarer Zeit zur Abnahme der Bevölkerung. In einer Denkschrift „Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Folgen und seine Bekämpfung“ vom Oktober 1928 sagt der preußische Minister für Volkswohlfahrt folgendes: „Eine Regierung, die an die Zukunft denkt, muß gegen weiteren Geburtenrückgang ankämpfen; es muß unter allen Umständen, wenn nicht eine Erhöhung, so doch eine Stabilisierung der Geburtenzahl angestrebt werden.“

Wenn eine mächtige Vermehrung der Bevölkerung, zum mindesten aber die Erhaltung der Volkszahl auf der erreichten Höhe, bildet die wichtigste Aufgabe des Staates, der gegenüber alle anderen Staatsaufgaben an Bedeutung zurücktreten.“ Die Arbeiterin weiß aber sehr gut, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht eine Geburtenvermehrung mit hohen Säuglingssterblichkeitszahlen und damit unnützer Vergendung an Menschenkraft die Lösung sein kann, sondern Gesunderhaltung der Gebärenden und Geborenen Voraussetzung ist. Die Arbeiterin weiß mit ihren Einrichtungen (wie Arbeiterwohlfahrt, Arbeiterfamulaturband

u. a.) kümmert sich um die Aufklärung, kümmert sich um die Erteilung von Rat und Auskunft für Mütter. Säuglingsfürsorge, Kinderkrippen und -heime sowie Kindergärten helfen gewiß auch durch die Mitwirkung des Staates und der Kommunen die Lasten und Sorgen der Mütter vermindern. Das aber sind alles nur Hilfsmaßnahmen, die sehr nötig und wichtig sind, aber keinesfalls genügen. Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß erreicht werden, damit Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse, niedrige Löhne der Vergangenheit angehören können. Bis dahin aber muß besonders die Arbeiterin dies erkennen und für Beseitigung der Mißstände zur Erreichung einer besseren Lebenslage der Arbeiterschaft mitkämpfen. Sind die Mißstände erst überwunden, dann wird es auch wieder mehr Frauen geben, die freudig und sorglos ihrer Mutterpflicht entgegensehen. Eine Nachkommenschaft, kräftig und gesund an Körper und Geist, wird dann die zukünftige, sozialistische Gesellschaftsordnung um so schneller und vollständiger errichten können. Anna Zammerl.

#### Der 7. Frauenkursus in der Heimvolkshochschule Linz.

Eine der wenigen bestehenden Schulen, die rein sozialistischen Charakter tragen, ist die Heimvolkshochschule Linz, die den Forderungen einer wissenschaftlichen und kulturellen Erziehung für Sozialismus in vorbildlicher Weise nachkommt. Die Kurse dauern 5 Monate und ihre Teilnehmer werden zum größten Teil von der Gewerkschaft und der Partei gestellt. Die Ausnahme in Linz setzt keine besondere Vorbildung voraus, es ist daher jedem in der Arbeiterbewegung tätigen Funktionär möglich, sich an den Kursen zu beteiligen. Die Schule ermöglicht Proletarierinnen und Proletarierinnen die Teilnahme an ihren Kursen, die mit den gleichen wissenschaftlichen Voraussetzungen für den Aufstieg der Arbeiterklasse vertraut gemacht werden.

Welche Lücken es bei Menschen auszufüllen gibt, die aus der Arbeit des Alltags herauskommen, sieht man so recht deutlich, wenn man die fragenden und gespannten Mienen der Hörer und Hörerinnen in den Unterrichtsstunden betrachtet. Es sind nicht jene Studenten, die gestützt auf Vaters Geldbeutel, mit bunten Mützen und Bändern geschmückt, herrschaftlicher durch die Straßen ziehen, sondern wissenschaftstüchtige Proletarier, die mithelfen wollen an dem großen Werk, nach Marx' Wort: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Die ungeheure Wichtigkeit einer solchen Schulung auch für Arbeiterinnen kann nicht eindringlich genug dargelegt werden; denn die Rolle, die heute die Frau als Erwerbstätige im wirtschaftlichen Leben spielt, kann in ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung nicht mehr übersehen werden. Sie führt nicht nur mit dem Manne gemeinsam den Kampf um die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom privatkapitalistischen Unternehmertum, sondern darüber hinaus kämpft sie um die soziale Gleichberechtigung mit dem Manne, die ihr erst die volle Entfaltung ihrer geistigen Anlagen und einen größeren gesellschaftlichen Wirkungskreis sichert. Hier erhebt sich die Forderung nach soziologischer Erkenntnis ihrer Lage. Die Grundlage für diese Erkenntnis hat der 7. Frauenkursus den Teilnehmerinnen durch den mannigfaltigen Unterrichtsstoff ermöglicht.

Eins der wichtigsten Themen war die Gesellschaftslehre (Soziologie), die auf die Entwicklung der Menschheit von ihren Uransätzen bis zum heutigen Tage eingeht.

Besonderes Interesse wurde auch der Volkswirtschaftslehre entgegengebracht, in der die Grundfragen der marxistischen Theorie (Wert und Mehrwert, Kapital und Geldwesen, Handelspolitik und Agrarfrage usw.) behandelt wurden.

Literatur, Kunst und Psychologie waren eine wertvolle Ergänzung des volkswirtschaftlichen und geschichtlichen Unterrichts. Aus der Weltliteratur wurden hauptsächlich die für das Proletariat in Betracht kommenden Dichter und Werke nach ihrer soziologischen und sozialkritischen Seite hin besprochen. Einen künstlichen Genuss nach der rein wissenschaftlichen Arbeit stellten die literarischen Abende dar.

Ein Vorzug des Frauenkursus war es, daß für Spezialgebiete, wie Gewerkschafts-, Erziehungs- und Wohlfahrtsfragen, Vortragsreferenten von großer Sachkunde gewonnen wurden. Hier zeigte sich ferner das Bedürfnis der Aussprache nicht nur über den Lehrstoff, sondern auch über Fragen des persönlichen Lebens. Hier war natürlich die lehrende Frau auch die gegebene Beraterin.

Einen körperlichen Ausgleich schafften die Gymnastik und der täglich 1½ stündige Arbeitsdienst.

Hervorzuheben ist auch, daß 46 Mädel aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands nicht nur 5 Monate im Heim in solidarischem Geiste zusammen lebten, sondern auch fleißig arbeiteten und sicher weittragende Anregungen für ihr künftiges und geistiges Leben erhielten.

Elisabeth Funke.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Ist ein Unfall- bzw. Invalidenrentner verpflichtet, auf Antrag des Versicherungsträgers sich einer Operation zu unterziehen?

Wenn zu erwarten ist, daß die Erwerbsfähigkeit des Rentners erhöht wird, dann kann der in Frage kommende Versicherungsträger ein Heilverfahren einleiten. (§§ 603 und 1269 RVO.)

Nicht selten werden in solchen Fällen die Rentenempfänger unter Hinweis auf §§ 606 und 1306 RVO. aufgefordert, die Zustimmung zu operativem Eingriff zu geben. Nach § 606 RVO. kann einem Verletzten der Schadenersatz auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, wenn er eine Anordnung, die das Heilverfahren betrifft, ohne gesetzlichen oder sonst kräftigen Grund nicht befolgt. Hieraus geht hervor, daß neben der Pflicht zur Befolgung der das Heilverfahren betreffenden Anordnungen für den Verletzten auch noch das Recht besteht, einige Anordnungen dieser Art abzulehnen. Welches sind nun Anordnungen, die der Verletzte nicht zu befolgen braucht? Der

Verletzte muß sich in erster Linie solchen Anordnungen unterwerfen, die nicht gefährlich sind. Der Verletzte muß sich also z. B. die erforderlichen Verbände anlegen und evtl. eine Massage vornehmen lassen. Er muß die verordnete Medizin einnehmen, unter Umständen Apparate tragen, deren Gebrauch die Heilung fördern können. Er muß aber auch die Freilegung der verletzten Stelle sowie das Reinigen der Wunden erdulden.

Dagegen ist er nicht gezwungen, Operationen, gleichviel, ob diese zum eigentlichen Heilverfahren gehören, an sich vornehmen zu lassen. Der Befehlgeber hat sich hier von dem Gedanken leiten lassen, daß sich bei einer Operation Dinge gegenüberstellen, die einer Vergleichung miteinander nicht fähig sind. Es ist auf der einen Seite das finanzielle Interesse des Versicherungssträgers (Wahrnehmung einer niedrigen Rente) und auf der anderen Seite die Freiheit des Versicherten, über sein Leben und seine Gesundheit selbst zu verfügen.

Eine solche Verfügung wird mit der Einwilligung zur Operation stets getroffen, denn es ist für den gewissenhaften Sachverständigen nie möglich, eine Operation für völlig gefahrlos zu erklären. Der Verletzte kann z. B. das Wiederbrechen eines schlecht geheilten Armes sowie auch das gewaltsame Wegnehmen von Gliedern verweigern; unterzieht er sich aber freiwillig einer Operation, zu deren Duldung er nicht verpflichtet ist, so hat er während der an die Operation sich anschließenden Heilbehandlung sich ebenso zu verhalten wie bei der Heilung einer frischen Verletzung.

Das Sachverständigenamt hat in seiner Entscheidung vom 5. Februar 1929 (3393, Amtl. Nachrichten 1929, Seite 164), in der es die Duldung der Entnahme von Rückenmarkslüssigkeit verneint, ausgeführt, daß nach der Rechtsprechung die Versicherten nicht verpflichtet sind, operative Maßnahmen zu dulden, welche in den Bestand oder die Unversehrtheit des Körpers eingreifen. (Zu vergl. Entscheidungen 224 und 388 II, Amtl. Nachr. - Ju. W. - 1893, Seite 68, 1894, Seite 158.) Der Senat ist der Ansicht, daß auch die Entnahme von Rückenmarkslüssigkeit zu den Eingriffen gehört, die ein Versicherter bzw. Rentenempfänger nicht zu dulden braucht.

Hiernach ist es also ohne Belang, wenn die Versicherungsfrüher die Operation anordnen und dabei mit der ungünstigen Auswirkung des Rentenverfahrens drohen, falls der Versicherte die Duldung einer Operation ablehnt.

Joseph Milewzka

**Die umstrittene Sozialpolitik.**

Die Sozialpolitik zog vor dem Kriege große Menschenmassen in ihren Bann. Darunter befanden sich weite Kreise des Bürgertums und der Wissenschaft. Die Gesellschaft für soziale Reform war der Kristallisationspunkt der sozialpolitischen Bestrebungen weiter Kreise. Es ist in der Nachkriegszeit anders geworden. Wissenschaftler und bürgerliche Kreise haben sich zurückgezogen und huldigen teilweise der Überzeugung, daß in der Sozialpolitik des Guten zuviel getan wird. Desto eifriger müssen die Hand- und Kopfarbeiter ihre sozialpolitischen Belange verteidigen. Die Gesellschaft für soziale Reform hält am 24. und 25. Oktober in Mannheim ihre diesjährige Tagung ab. Prof. Brieß wird den einleitenden Vortrag über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik halten. Die Reform des Schlichtungsweises soll den nächsten Verhandlungstag ausfüllen. Hierzu sprechen der bekannte Arbeitsrechtler Prof. Hugo Singheimer und der Bonner Nationalökonom Herbert v. Bekeraß. Die Mannheimer Tagung kann der Gewerkschaftsbewegung nicht gleichgültig sein. Es muß versucht werden, die Sozialpolitik wieder zu dem zu machen, was sie ist und sein soll; nämlich zum Angelpunkt der Wirtschaft.

**Der Krankenkassentag in Nürnberg.**

Vom 18. bis 20. August findet in Nürnberg der 33. Deutsche Krankenkassentag statt. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen, in dem nahezu 11 Millionen Versicherte vereinigt sind, stellt dort die zur Zeit wichtigsten Probleme der Sozialversicherung zur Tagesordnung. Neben wichtigen Fachfragen dürfte der Bericht über die Änderung der Reichsversicherungsordnung im Mittelpunkt der Tagung stehen. Berichterstatter ist der Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmut Lehmann. Die von dem letzten Krankenkassentag in Breslau auf den neuen Reichstag gestellten Hoffnungen auf eine Reform der Reichsversicherungsordnung haben sich nicht erfüllt. Wohl werden den Krankenkassen weitere Leistungen anerkannt. Trotzdem sieht die Gesetzgebung latentlos zu, wie durch Gründung von kleinen leistungsunfähigen Inanspruch- und Betriebskrankenkassen die Zersplitterung planmäßig weitergetrieben wird. Die Unterwählung der Sozialversicherung wird nach einem gewissen System fortgesetzt. Nebenbei wird die Fata Morgana eines Sparzuges aufgezeigt. Überdies fordern die großen Unternehmerverbände Abbau der Sozialversicherung. Einschränkung der Leistungen etc. Deshalb dürfte wohl noch niemals eine Tagung in einem so wichtigen Zeitabschnitt festgefunden haben wie der Deutsche Krankenkassentag in Nürnberg. Die Gewerkschaften haben an dem Verlauf dieser Tagung das allergrößte Interesse.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

**1. Jahre Hand Schuhmacher-Organisationen.**

Im Jahre 1869 wurde in Kassel die Organisation der Hand Schuhmacher gegründet. Sie war neben den Organisationen der Tabakarbeiter und Buchdrucker eine der ersten deutschen Arbeiterorganisationen auf zentraler Grundlage. Im Jahre 1891 schloß sich der Verband der Hand Schuhmacher der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, dem heutigen DGB, an. Nachdem der Verband der Hand Schuhmacher 40 Jahre selbständig gewesen war und mit bestem Erfolge die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Hand Schuhmacherei vertreten hatte, fand 1909 die Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband statt. Ungefähr 95 Prozent aller Hand Schuhmacher und 72 Prozent der Arbeiterinnen der Hand Schuhmacherei sind freigewerkschaftlich organisiert. Damit sind die Hand Schuhmacher eine der bestorganisierten Gruppen in der gesamten Arbeiterschaft.

**Zum 40jährigen Bestehen des Bergarbeiterverbandes.**

Der Deutsche Bergarbeiterverband wurde am 18. August 1889 in Dortmund gegründet. Es gibt nicht viel gewerkschaftliche Organisationen, die gegen ein so skrupelloses Unternehmertum zu kämpfen und solche Schwierigkeiten zu überwinden hatten, wie der Bergarbeiterverband. Die Rücksichtslosigkeit der Montangewaltigen gegen jede Arbeiterorganisation ist bekannt. Daneben hat der Bergarbeiterverband wie kein anderer gegen die christliche Konkurrenzorganisation zu kämpfen. Der christliche Bergarbeiterverband war die erste Gewerkschaftsorganisation auf christlicher Grundlage. Der Redakteur der Verbandszeitung „Die Bergbauindustrie“, Kollege Heinrich Limberg, hat eine Erinnerungsschrift verfaßt, die es verdient, in die Hände aller Gewerkschaftler zu gelangen. In dieser Schrift ist in kurzen und knappen Zügen die Entwicklung des deutschen Bergbaues und seiner technischen Vervollkommnung niedergelegt. Daneben rollt an unserem Auge die Entwicklung einer Arbeiterorganisation vorüber. Die Gründung des Verbandes erfolgte während des ersten großen Streiks im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Dieser Streik war eine spontane Auslehnung der Kumpels gegen die lange Arbeitszeit und die geringen Löhne. Im Verlauf dieses Streiks begaben sich auf Einladung drei Bergarbeiter zum Kaiser. Am Schluß der Unterredung sagte dieser letzte Hohenzoller auf dem deutschen Kaiserthron: „Ich werde alles über den Haufen schießen, was sich mir widersetzt.“ In der Tat ist reichlich Blut geflossen. Die Streiks 1905 und 1912 waren nicht minder heftig. In der Schrift kann man auch lesen, wie viele Bergarbeiter im Laufe von 40 Jahren ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen mußten. Der Ruhrkampf 1923 und all die Vorkommnisse in alter und neuer Zeit sind dort nachzulesen. Gedacht wird auch der stahlharten Kämpfer, die, wie Otto Hue, jahrzehntelang in diesen schwierigen Organisationsgebieten ausgehalten haben. Heute ist der Verband mit seinen 200 000 Mitgliedern eine der stärksten freien Arbeiterorganisationen.

**Rundschau.**

**Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Heidelberg vom 16. bis 18. September 1929.**

Die Hauptverhandlungsthemen der Tagung sind „Fabrikbau“ und „Fabrikspeisung“. Zum Thema „Fabrikbau“ sprechen Geheimrat Professor Dr. Fahn (Berlin) und Dr. Eisenberg (Berlin) vom Hygienischen Institut der Universität, Oberregierungsrat Emele (Karlsruhe) vom badischen Innenministerium und Professor Hans Poelzig (Charlottenburg). Das Thema „Fabrikspeisung“ wird von Professor Dr. Gosslich (Heidelberg), Gewerbemedizinalrat Dr. Gerbis (Berlin) und Dr. Reuffi (Berlin) behandelt. Eine größere Anzahl weiterer Referate geben einen Überblick über wichtige Fragen des gesundheitlichen Arbeiterschutzes. In die Jahreshauptversammlung schließen sich die Ärztliche Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene mit dem Hauptthema „Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten“ und ein allgemeiner gewerbehygienischer Vortragskurs an. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

**Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1929.**

Die Volksfürsorge hat das erste Halbjahr 1929 mit einem Bestande von 1 725 000 Versicherungen und einer Versicherungssumme von 700 Millionen Mark abgeschlossen. Es wurden insgesamt 310 161 Volks- und Lebensversicherungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beantragt, davon im Juni 48 505. Das Vermögen der Volksfürsorge beträgt rund 68 Millionen Mark. An Versicherungsleistungen wurden im ersten Halbjahr 1 372 463 Mark ausgezahlt, seit November 1923 (Umstellung auf neue Währung) überhaupt rund 6½ Millionen Mark. In der Summe von 1 372 463 Mk. sind 127 717 Mk. Sonderleistungen für Unfalltod enthalten. Diese werden ohne besonderen Zuschlag, jedoch unter der Voraussetzung gewährt, daß eine monatliche Prämie von mindestens 2 Mk. gezahlt wird. Unter den deutschen Lebensversicherungsunternehmen markiert die Volksfürsorge, eine Gründung der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, mit an der Spitze; jetzt schon ist sie die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Die Volksfürsorge wird schneller wachsen und von noch größerer Bedeutung werden, je mehr die Millionen der gewerkschaftlich und genossenschaftlich Organisierten mit ihren Angehörigen sich ihr zuwenden.

**Lokalverweisung ist Beleidigung.**

Eine alte Streitfrage, die schon viele Gewässer erregt hat, kam kürzlich zu gerichtlicher Entscheidung. Es handelt sich darum, ob ein Gastwirt berechtigt ist, Gäste nach Ordnungen aus dem Lokal zu weisen, und warum, ob der Gast einer solchen Aufforderung sofort nachkommen muß, um Fragen also, die Gastwirte und Publikum in gleicher Weise interessieren. In einem erstarrigen Kaffeehaus hatte der Chef höchst eigenhändig einen Herrn und eine Dame, die sich in der Tanzdiele aufhielten, aufgefordert, sofort das Lokal zu verlassen. Grund zu der rigorosen Maßnahme gab lediglich die Beschwerde einiger anderer Gäste, der er ohne weitere Prüfung folgte. Den beiden aus dem Lokal verwiesenen Gästen blieb nichts anderes übrig, als das Lokal nach einigen Verhandeln zu verlassen. Jetzt wurde der Hotelbesitzer vom Schöffengericht Kassel wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 20 Mk. verurteilt, weil er, wie das Gericht feststellte, die Kläger ohne ausreichenden Grund aus dem Lokal verwiesen hatte. Das Gericht stellte ferner fest, daß ein Gastwirt einen Gastvertrag nicht ohne Grund brechen darf; zugleich wurde in dem Urteil hervorgehoben, daß der Gast berechtigt ist, selbst bei einer berechtigten Verweisung aus dem Lokal noch so lange zu verweilen, bis er die bestellten und gelieferten Waren verzehrt hat.

Auf jeden Fall ist das Hinansweisen ohne Grund eine schwere Ehrenkränkung, die notwendigerweise eine Verurteilung des Beleidigers nach sich zieht. Der Hotelbesitzer, der offenbar schlecht beraten war, hatte in seiner Gegenklage geltend gemacht, daß die beiden aus dem Lokal verwiesenen Gäste Hausfriedensbruch begangen hätten. Das Gericht war aber auch hier anderer Meinung als der Gastwirt; es stellte ausdrücklich fest, daß ein Hausfriedens-

bruch nicht in Frage kommt, weil der Gast so lange ein Recht auf seinen Platz hat, bis er seine Sache beendet; d. h. alles verzehrt hat, was er bestellt und was ihm geliefert wurde. („Berliner Tageblatt“, 2. August 1929.)

**Band III des „Großen Brockhaus“ erscheint Ende dieses Monats!**

Es wird die zahlreichen Bezahler des im Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig, erscheinenden zwanzigbändigen „Großen Brockhaus“ interessieren, zu erfahren, daß der 3. Band des Werkes Ende dieses Monats vorliegen wird. Als Erscheinungstermin war ursprünglich Ende Juli in Aussicht genommen, doch hat — wie der Verlag mitteilt — der über alles Erwarten große Eingang an Bestellungen eine Verlegung des Termins notwendig gemacht. Es ist Vorfrage getroffen, daß diese kleine Verzögerung beim nächsten Band wieder eingeholt wird. Gerade die allmähliche Erscheinungsweise macht ja die Anschaffung dieses Werkes, dessen Unentbehrlichkeit für den modernen Menschen von der gesamten deutschen Kritik anerkannt worden ist, durch günstige Zahlungsbedingungen für jedermann möglich. Auch werden — und zwar nur noch beschränkte Zeit — alte Lexika in Zahlung genommen. Auskunft hierüber erteilt jede Buchhandlung.

**Über 10 000 000 Kilogramm Ausstellungsgüter für die Leipziger Frühjahrsmesse 1929.**

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gibt genaue zahlenmäßige Angaben über die Heranbringung der Ausstellungsgüter zur Leipziger Technischen Messe im Frühjahr 1929. Danach sind insgesamt 8 471 777 Kilogramm neue Ausstellungsgüter in Leipzig angekommen. Die Zufuhr war zur Frühjahrsmesse 1929 größer als in allen vorangegangenen Jahren. Beachtlich ist, daß besonders die Mengen aus den entferntesten Bezirken zugenommen haben. Die der Messen in der inneren Stadt zugeführten neuen Ausstellungsgüter werden vom „Verband Leipziger Spektreure, e. V.“ auf ungefähr 2 000 000 Kilogramm beziffert, wobei zu bedenken ist, daß die Mehrzahl der Ausstellungsgüter von Messe zu Messe in den Ständen verbleibt und von den Ausstellern jeweils nur die neuen Muster mitgebracht werden.

**Verbandsnachrichten.**

**Ausgeschlossen**

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 d unseres Verbandsstatuts das Mitglied der Zahlstelle Weggen dor f Max Schiller, Buch-Nr. 996 602, und auf Grund des § 14 Ziffer 3 a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das Mitglied der Zahlstelle Chemnitz Paul Geiser, Buch-Nr. 8 II 727 197.

**Literarisches.**

**Krieg dem Kriege!** In den Dienst der geistigen Kriegsbekämpfung gestellt ist die Doppelnummer für Juli-August der vorzüglichen Zeitschrift „Kulturwille“, die im Verlag der Leipziger Buchdruckerei, U.-G., Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, erscheint. Die inhaltlich, drucktechnisch und mit Bildern erstklassig ausgestattete Schrift führt uns zurück in die Zeit des Kriegsbeginnes zeigt uns das Ringen im Sozialismus um die Stellung zur Kriegslast, beschreibt dann den furchtbaren Kriegsgraus der in differenzten Massen, enthält die zum Krieg freibenden kapitalistischen Kräfte, zeigt den Krieg selbst in seiner schrecklichen Form und entsetzlichen Wirkung, geißelt die Kriegshäher und die Kriegspaffen, verhöhnt auch die Heimkrieger und Etappenhelden nicht und mahnt schließlich zur Abrüstung und Erkämpfung des Völkerrfriedens. Auch der übrige Inhalt des „Kulturwillens“ ist sehr wertvoll und belehrend. Die Reiseblätter des „Kulturwillens“ geben Kameraden, Naturfreunden und sonstigen proletarischen Wanderern viele Anregungen.

Der „Kulturwille“ kostet vierteljährlich 1 Mk. Da er zu den besten Zeitschriften der Arbeiterbewegung gehört, ist der Preis außerordentlich gering. Wir können den „Kulturwillen“ nur immer wieder allen nach Erkenntnis ringenden Sozialisten aufs dringendste empfehlen.

Der unter der redaktionellen Leitung des Genossen Schröder stehende „Bücherkreis“ bringt in seinem neuen Doppelheft für August und September die Erstausgabe eines bisher unbekanntes Dichters, Elias Castellanos, den sein Heimatland Uruguay durch mehrere Literaturpreise geehrt hat. Castellanos „Aus der Tiefe“ ist der gequälte Aufschrei eines Proletariats, der trotz Not, Kummer und Krankheit eine grenzenlose Liebe zu den Tieren bezeugt. Seine Erzählung ist von übermächtiger Schönheit. Zugleich werden die neuen Auswahldäume angekündigt: Max Barthelemy leuchtet in seinem „Aufstieg der Begabten“ hinter die Kulissen der Filmwelt. Bruno Schönliank verherrlicht in „Agnes“ eine sozialistische Kämpferin. Das Urbild der Heldin werden viele wiedererkennen. Eva Brodows „Wetterleuchten“ bringt Erinnerungen aus dem Jarenreife, die selbst in heutigen bolschewistischen Rußland mit großem Beifall aufgenommen wurden. Allerdings ist die Verfasserin zur Zeit als Menschewistin im russischen Gefängnis. Auch die neuen Bände bezeugen wieder das große Geschick des „Bücherkreises“, seinen Mitgliedern stets Abwechslung und vielseitige Anregung zu bieten.

**Ratgeber für die Krankenversicherung** mit den wichtigsten Bestimmungen über die Erbschaftsprüche der Versicherungsträger und das Aufgabengebiet der Kassenorgane von Artur Ehan, Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. (Heft 3 von Worbels Schlüsselbüchern.) 9. Auflage (32. bis 35. Januar). 48 Seiten. Verlag Friedrich W. Wobbel, Leipzig C 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Die Neuauflage ist inhaltlich um einen Abschnitt über die Versicherung der unfähigen und im Wandererwerb Beschäftigten erweitert worden. Das neue Wochenbilletsheft vom 18. Mai 1929 ist bereits berücksichtigt worden. Jeder, der sich beruflich oder ehrenamtlich mit der Sozialversicherung beschäftigt, ebenso Arbeitgeber und Versicherte werden mit Vorteil diese Neuauflage zu Rate ziehen.

Reisen und Wandern als Erholung ist für die Arbeiterschaft erst in neuer Zeit Laibgegriff geworden. Seitdem entstehen auch Einrichtungen dafür. In ihrer neuesten Sondernummer „Die gemeinwirtschaftlichen Gaststätten und Reiseorganisationen“ bringt „Die Gemeinwirtschaft“ darüber aus sachkundigen Federn Abhandlungen mit Bildern. In recht kurzer Zeit ist auf diesem Gebiete sehr vieles entstanden, von dem die Öffentlichkeit bisher nichts oder nur wenig wußte. Die praktische Selbsthilfe der Arbeiterschaft dringt in alle Gebiete der Lebensnotwendigkeiten ein und erobert auch neue Gebiete. Wir erfahren aus diesem Heft, daß die mehr als 130 Gewerkschaftshäuser immer mehr zu einem festen Verbände zusammengefaßt werden und so nicht nur gestiftet, sondern auch sachlich vervollkommen werden, die Organisationen der Ferienheimgenossenschaft, der Adese und der Naturfreunde werden behandelt, und als jüngste Unternehmen auf diesem Gebiete werden wir mit den Verkehrsvereinen bekannt. Selbst die Reichseisenbahn ist mit einem sehr instruktiven Artikel über ihre Reiseförderungsmaßnahmen vertreten.

„Die Gemeinwirtschaft“ kann von jeder Buchhandlung, Post oder direkt vom Verlag der Gemeinwirtschaft (Jena) bezogen werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 2,40 Mk.

## Chemische Industrie

In welche Organisation gehören die Arbeiter der Kunstseideindustrie?

Die Exekutive der Textilarbeiter-Internationale hat in ihrer Sitzung Mitte Juli in Warschau die alte Streitfrage wieder aufgerollt, in welche Organisation die Arbeiter der Kunstseide- und Glanzstoffindustrie gehören. Sie vertritt die Auffassung, daß diese Arbeitergruppe ausschließlich den Textilarbeiterverbänden gehört.

Dieser Auffassung treten wir entschieden entgegen. Die Kunstseideindustrie gehört zur Chemischen Industrie. Die Betriebe der Kunstseideindustrie sind häufig mit der Chemischen Industrie eng verbunden, sie stellen nicht nur Kunstseide, sondern zum Teil auch die für die Viskosefaser notwendigen Lösungsmittel, wie Schwefelkohlenstoff, selbst her, wodurch der Charakter der Chemischen Industrie noch deutlicher unterstrichen wird. Die Kunstseideherstellung kann deshalb nicht zur Textilindustrie gerechnet werden, weil es sich um rein chemische Prozesse bei der Arbeit handelt und der Faden nur hergestellt, nicht weiterverarbeitet wird. Die Verarbeitung des Fadens ist Sache der Textilindustrie, dafür sind die Textilarbeiterverbände unbefristet zuständig. Wenn die Textilarbeiterverbände auf die Arbeiter, die bei der Herstellung des Kunstseidefadens tätig sind, Anspruch erheben, müßten sie folgerichtig auch die Arbeiter der Baumwollplantagen, der Schafzuchtereien, wo die Wolle gewonnen wird, und viele Arbeiter landwirtschaftlicher Betriebe, die mit Flachsbau usw. beschäftigt sind, für sich reklamieren.

Wenn gegen diese Auffassung von den Textilarbeiterverbänden eingewendet wird, daß die Vergleiche nicht zutreffen, so kann darauf hingewiesen werden, daß die Erzeugung von Kunstseide und Glanzstoff nur eine bestimmte Eigenart der Zelluloseindustrie ist. Aus den gleichen Rohstoffen werden zum Teil in denselben Fabriken Viskose- und Zellulosefilme hergestellt, die ganz anderen Zwecken dienen als der Textilherstellung. Der Unterschied besteht nur darin, daß bei Kunstseide, Glanzstoff, künstlichem Korkhaar, Kunstwolle usw. aus der auf chemischem Wege hergestellten Grundflüssigkeit im Druckspritzverfahren aus feinen Löchern Fäden erzeugt werden, während in anderen Fällen aus sehr feinen, aber breiten Schlägen unter ähnlichen Verhältnissen Filmfolien entstehen. Die Nachbehandlung der Fäden und Filme beruht in beiden Fällen darauf, die Lösungsmittel zu entfernen und die bei diesen Manipulationen von den Fäden oder den Filmen aufgenommenen Chemikalien wieder zu beseitigen.

Wenn also für die Textilarbeiterverbände bei ihrem Anspruch auf die Kunstseideindustrie die Absicht bestehen sollte, den gesamten Produktionsprozeß von der Entstehung des Fadens bis zur fertigen Textilware zu erfassen, so dürfte sich ihr Anspruch nicht nur auf die Kunstseide, sondern auch auf die Erzeugung der natürlichen Faserstoffe erstrecken. Diese Absicht ist aber von den Textilarbeiterverbänden niemals ausgesprochen, würde auch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Es liegt auch eine Halbheit in der Forderung der Textilarbeiterverbände, denn sie dürften sich bei ihrem Vorgehen nicht nur auf die Kunstseide- und Glanzstoffindustrie beschränken, müßten vielmehr ihre Ansprüche auch auf die Zellulosefabriken ausdehnen, denn die Zelluloseherstellung ist ja erst die Grundlage der gesamten Kunstseideindustrie.

In Deutschland hat der Textilarbeiterverband bisher unserem Verbands zugestanden, daß er auf die Arbeiter in der Kunstseideherstellung bis zu dem Produktionspunkt verzichtet, wo angeblich der chemische Prozeß erledigt sein soll, d. h. wenn aus der Spinnflüssigkeit der Faden entstanden ist. In der Praxis hat der Deutsche Textilarbeiterverband diese von ihm selbst gezogene Grenze aber nicht immer respektiert.

Die Arbeiter an den Spinnmaschinen werden vom Textilarbeiterverband als Spinner, wie sie in der Textilindustrie angetroffen werden, bezeichnet. Das ist grundsätzlich falsch. In der Textilindustrie nennt man die Zusammendrehung kurzer natürlicher Fasern zu einem langen endlosen Faden Spinnen. Der Spinnprozeß in der Kunstseideindustrie hat mit dieser Arbeit durchaus nichts gemein, denn hier wird aus einer Flüssigkeit, die auf chemischem Wege hergestellt ist, der Faden gezogen, ähnlich wie der Naturseidefaden durch den Spinnvorzug der Raupe entsteht. Bei der Viskosefaser besteht die Spinnflüssigkeit aus gelöster Zellulose, die aus Holz gewonnen ist. Die Lösung erfolgt durch Alkalien und durch Schwefelkohlenstoff. Die Masse ist nicht mehr Zellulose, sondern hat sich chemisch vollständig umgekehrt und muß beim Spinnprozeß wieder in Zellulose und Lösungsmittel zerlegt werden, was durch sofortige Einführung des nassen Fadens in bestimmte Säuren erreicht wird. Solche Arbeiten sind der Textilindustrie weisensfremd, sie gehören zur Chemischen Industrie.

Nun fügen die Textilarbeiter ihre Ansprüche auf die Arbeiter der Kunstseideindustrie in erster Linie darauf, daß bei der Fertigmachung des Fadens Zwirn- und Spulmaschinen, auch Haspeln Verwendung finden, die den Maschinen in der Textilindustrie ähnlich oder gleich sind. Die Textilarbeiterverbände begründen ihre Ansprüche also auf Arbeitsmaschinen. Wenn diese Ansprüche Anerkennung finden würden, käme das einer Umspülung der gesamten Gewerkschaftsbewegung gleich. In der Chemischen Industrie werden alle nur denkbaren Arbeitsmaschinen verwendet. Vom schweren Brecher über Kugel- und Walzenmühlen sind alle Typen der Zerkleinerungsmaschinen in der Chemischen Industrie zu finden. Wenn aus der Verwendung von Mühlen der Nahrungsmittelarbeiterverband, hervorgegangen auch aus dem Müllerverband, die Schlussfolgerungen ziehen wollte wie der Textilarbeiterverband, müßten Farbenfabriken, Düngersfabriken und vieles andere zum Organisationsgebiet des Nahrungsmittelarbeiterverbandes kommen, weil in diesen Fabriken Mühlen in weitem Ausmaß Verwendung finden. Aus Anführung dieses einzigen Beispiels, das selbstverständlich beliebig vermehrt werden könnte, geht die Haltlosigkeit der Forderungen

des Textilarbeiterverbandes auf Grund angewandeter Maschinen deutlich hervor.

Es kommt aber nicht auf die Anwendung der Maschinen, sondern auf den Zweck der dadurch erzielten Arbeit an. Der flüssige Kunstseidefaden wird durch Einleitung in sogenannte Fällbäder, das sind bestimmte Säuremischungen, sofort vom größten Teil seiner Lösungsmittel befreit und in den Zustand der Zellulose zurückgeführt. Der Faden ist noch feucht und gegen äußere Einwirkungen außerordentlich empfindlich. Er muß also in fahbare Formen gebracht werden, und das geschieht, indem er direkt aus dem Fällbade auf Spulen gewickelt wird. Auf diesen Spulen wird nun die Entsäuerung, Entschwefelung und sonstige chemische Reinigung des Fadens vorgenommen. Ohne Aufspülung ließen sich diese Verrichtungen nicht durchführen, außerdem würde der Faden im trohen Zustande nicht verarbeitungs- und transportfähig sein, weil eine Zersetzung eintreten kann. Der Spulvorgang ist ein, notwendig eingeschalteter Zwischenprozeß, um den auf chemischem Wege hergestellten Faden chemisch so weiterbehandeln zu können, daß er verpackungs- und versandfähig wird. Ohne diese Arbeiten wäre er also kein Textilrohprodukt. Ähnlichen Zwecken dient das Zwirnen und Haspeln.

Die Technik in der gesamten Zelluloseindustrie ist aber noch nicht abgeschlossen. Namentlich der Teil der Zellulose-

der Zellulose auf Kunstseidefaserstoffe ist nur ein Teil dieser Art Zelluloseverarbeitung, die Herstellung von Viskose- oder Zellulosefilm und ebenso die Herstellung von Zellulosepapier zu derselben Produktionsart und ist einzig und allein in der Chemischen Industrie anzutreffen.

Wenn der Textilarbeiterverband seine unberechtigten Ansprüche auf die Kunstseidearbeiter dauernd aufrechterhält und verfolgt, müssen die Arbeiter darunter leiden. Ihre Interessenvertretung muß nach den Grundätzen der in der Chemischen Industrie ganz allgemein auftretenden Schädigungen durch Chemikalien erfolgen. Der Tarifvertrag der Chemischen Industrie ist unter Berücksichtigung der ganz speziellen Verfahren in der Chemischen Industrie zustande gekommen. Einen Teil der Chemiarbeiter davon loszulösen, würde eine Schädigung dieser Arbeiter nach sich ziehen. Außerdem sind die Organisationsansprüche auf Grund verwendeter Arbeitsmaschinen ein bisher in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht übliches Moment. Wenn der Deutsche Textilarbeiterverband, der sich ja den Forderungen der Internationale nicht restlos angeschlossen hat, sondern die Arbeiter der Kunstseideindustrie bis zur Entstehung des Fadens unserem Verband überlassen will, seine Ansprüche, die Arbeiter in der Fertigmachung des Fadens zu erfassen, durchführen in der Lage wäre, käme das einer Zerschlagung der Chemischen Industrie gleich. Metalle und viele andere Produkte werden in der Chemischen Industrie hergestellt. Nach Anschauung der Textilarbeiter müßten dann auch die Organisationsrechte unseres Verbandes in diesen Teilen der Chemischen Industrie dort aufhören, wo die Reinrotyde in Erscheinung treten, die Weiterverarbeitung dieser Rote auf Metalle aber müßte zum Zuständigkeitsgebiet des Metallarbeiterverbandes gehören. Dadurch kämen Arbeiter in Organisationen, die einen ganz wesensfremden Produktionsprozeß zu vollziehen haben, und es würden Grenzen durch die Produktionsstätten der Chemischen Industrie gezogen, die jede Übersicht unmöglich machen und erfolgreiche Organisationsarbeit verhindern würden. So kann es nicht gehen. Deshalb müssen die Kunstseidearbeiter in der Organisation der gesamten Chemiarbeiter verbleiben.

G. Haupt

## Die Schuld der Männer und Frauen am Ausbruch des Krieges.

Kriege entstehen durch die Trägheit der Masse der Männer, die nicht denken, nicht organisieren und nicht darauf bestehen, der Politik der Nation die Richtung zu geben, und durch die Untätigkeit der Frauen, die nicht denken, nicht organisieren und nicht darauf dringen, ihre Freiheit von den Männern zu erhalten. Wenn wir ehrlich den Frieden wollen, müssen wir „Frieden machen“ mit all der Leidenschaft und dem Mut, mit dem wir „Krieg machen“. Etwas von dieser Leidenschaft und diesem Mut können wir Frauen dazu geben.

Swanwick.

industrie, der die Erzeugung künstlicher Spinnfaser zum Zweck hat, unterliegt fortgesetzter Veränderung. Das Zwirnen des Kunstseidefadens ist heute schon zum größten Teil durch das Typspinnverfahren „ausgeschaltet“. Der entstehende Faden wird von einem rotierenden Topf aufgenommen, wobei die Zwirnung, also die Drehung der Anzahl Fäden, die zu einem Faden bestimmt sind, um ihre eigene Achse ohne besondere Zwirnmotoren erfolgt. Der Faden tritt also schon gezwirnt in Erscheinung. Die Töpfe werden nunmehr geöffnet, und der sogenannte Kuchen wird entweder direkt chemisch weiterbehandelt oder der Faden vom Kuchen auf Spulen gebracht und dann erst chemisch weiterbehandelt. Beide Verfahren bestehen nebeneinander. Daneben sind neuere Verfahren ausgearbeitet und zum Teil schon in Anwendung, wobei der im Topf befindliche gezwirnte Faden im Topf selbst sofort bis zur Verwebefähigkeit weiterverarbeitet wird. In diesem Falle gibt es Maschinen, die in der Textilindustrie ebenfalls Anwendung finden, überhaupt nicht mehr. Der Topf wird an die Textilindustrie geliefert und der Faden aus diesen Töpfen direkt verwebt. Damit ist in der Kunstseideindustrie der chemische Prozeß bei Herstellung des Fadens vollständig geschlossen, ohne daß der der Chemischen Industrie eigene Arbeitsprozeß irgendwie in Frage gestellt werden könnte.

Zur Kunstseidefabrikation gehört aber auch die Herstellung der Viskrawolle. Viskrawolle ist der während der Kriegszeit in Verruf gekommenen Stapelfaser ähnlich und wird in der Textilindustrie wie Baumwolle verarbeitet. Es wird also kein langer Faden hergestellt, sondern die Textilindustrie bezieht von der Chemischen Industrie die baumwollähnliche kurze Viskrafaser, die dann in der Textilindustrie wie Baumwolle zu langen Fäden „gesponnen“ und dann weiterverarbeitet wird. Bei der Herstellung der Viskrafaser kommen irgendwelche maschinelle Manipulationen, die in der Textilindustrie angetroffen werden, nicht in Anwendung.

Die Kunstseideindustrie gehört ganz allgemein, soweit sie nicht als Nebenbetrieb einer Textilfabrik in Frage kommt, zur Chemischen Industrie. Sie befaßt sich nicht mit der Verarbeitung des Kunstseidefadens oder der Viskrafaser, stellt diese Fäden vielmehr nur auf chemischem Wege her und macht sie für die Textilindustrie gebrauchsfähig. Der Grundstoff, die Zellulose, wird durch Umstoffung des Holzes zu Zellulose gewonnen, also im rein chemischen Produktionsvorgang. Die Zellulose selbst wird wiederum im chemischen Prozeß umgestoßt und aus dem Grundstoff der Spinnflüssigkeit, dem sogenannten Kanthogenat, wird wiederum durch Umstoffung der Kunstseide-, Glanzstoff- oder Viskrafaden erzeugt. Dabei müssen die Arbeiter, wie in der gesamten Chemischen Industrie, mit Säuren, Alkalien und Lösungsmitteln hantieren. Die Chemische Industrie war aber bisher unumstrittenes Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes und soll es auch bleiben. Die Arbeiter der Kunstseideindustrie, soweit sie nicht in Nebenbetrieben der Textilindustrie beschäftigt sind, wo der Textilarbeiterverband die Organisation zum Teil durchgeführt hat, wehren sich gegen die Ansprüche des Textilarbeiterverbandes. Ihre Einstellung begründen sie mit der Tatsache, daß sie Chemiarbeiter sind. Außerdem sind die Kunstseidefabriken häufig mit der Chemischen Großindustrie direkt verbunden, zum Teil sind sie in der Nachkriegszeit aus ehemaligen Sprengstoffabriken hervorgegangen. Die Verarbeitung

## Die Wellstickstoffherzeugung und der Verbrauch im Jahre 1928/1929.

Die Einigung der Salpeter-Industrie mit den Produzenten für künstlichen Stickstoff wirkt sich nun auch in der Verkaufspolitik aus. Wie aus maßgebenden Kreisen bekannt wird, haben die Salpetererzeugergruppen in Chile den Zwang der genauen Beachtung der vorgeschriebenen Verkaufspreise bis an den letzten Verbraucher aufgehoben, die Großhändler haben in Zukunft für die Preisgestaltung freie Hand. Dafür beanspruchen die Erzeuger das Recht, unmittelbar an die Händler in den einzelnen Ländern zu verkaufen, und zwar je nach der Verbrauchslage des betreffenden Landes Mengen von 3000 bis 20 000 Tonnen. Dadurch wird die Verkaufspolitik für Chile-Salpeter im allgemeinen elastischer. Diese Handhabung entspricht den neueren Festlegungen für beschleunigten Absatz und Propaganda. Über die Erzeugung und den Verbrauch von Stickstoff in den letzten beiden Jahren erfährt man aus einer Aufstellung der Salpeter-Firma Wilmann Ltd. folgendes: Die Zahlen für den Verbrauch betragen in den letzten drei Wüngerjahren für künstlichen Stickstoff 735 000 Tonnen, 825 000 und 1 075 000 Tonnen, von schwefelsaurem Ammoniak aus Nebenerzeugnissen 310 000 Tonnen, 390 000 und 405 000 Tonnen, von Chilealpeter 271 000 Tonnen, 390 000 und 415 000 Tonnen. Trotz eines höheren Preises habe also der Salpeterverbrauch um 53 Prozent in den beiden Jahren zugenommen, der von synthetischem Stickstoff nur um 42 Prozent. Die Schätzung der Weltzeugung von letzterem in dem Ende Juni abgelaufenen Wüngerjahr ist nach Wilmann 1 125 000 Tonnen, die gegenwärtigen jährlichen Vorräte sollen um 50 000 Tonnen höher als gleichzeitig 1928 sein. Es kommt also eine Weltzeugung von 425 000 Tonnen Ammoniumsulfat anderweitiger Erzeugung neben 510 000 Tonnen Chilealpeter hinzu, so daß die Weltzeugung der Welt an Stickstoff mit 2 365 000 Tonnen den Weltverbrauch um 25 Prozent übertrifft habe. Nach Wilmann Ltd. rechnen die Gruppen, die unlängst eine Weltverständigung getroffen haben, damit, daß nunmehr infolge der drastischen Preisermäßigungen die vielen Pläne zur Schaffung eigener Stickstoffindustrien oder unternehmungen in manchen Ländern nicht zur Ausführung gelangen werden.

Ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden, ist fraglich. Es ist da insbesondere auf die vielen Stickstoffgründungen namentlich im Ruhrgebiet und anderen Bergrevieren hinzuweisen, wo die Bergwerksindustrie, die sich durch die machtvolle Entwicklung der Chemischen Industrie in ihrer Existenz bedroht fühlt, immer neue Werke errichtet. Es ist möglich, daß eine eventuelle Überproduktion zu einer allgemeinen Verständigung in der Stickstoffindustrie führt, wobei unter Umständen wie in anderen wichtigen Industrien eine Verteilung der Produktion auf die einzelnen Werke nach Quoten erfolgt. In Hinsicht darauf ist es nicht ausgeschlossen, daß die vielen neugegründeten Stickstoffanlagen Spekulationsobjekte sind, um eventuell einmal zu einer höheren Quotenfestlegung zu gelangen.

## Geschäftsabschluss des Baugittrusses, A.-G., Zürich.

Der stetig wachsende Verbrauch von Aluminium hat eine erhöhte Nachfrage nach den Rohstoffen zur Gewinnung dieses Metalls zur Folge. Wenn auch fast unsere gesamte Erdoberfläche den Grundstoff für Aluminium enthält, so gibt es doch bestimmte Lagerstätten, die ganz besonders hochwertiges Material liefern. Das gewöhnliche Ausgangsmaterial ist Bauxit, das heute bereits von einem Trust, der die Lager in Ungarn beherrscht, erfährt wird. Vor einigen Monaten bereicherten Börsenberichte über eine wesentliche Dividendenbescheidung und schlechten Geschäftsgang dieses Trustes, dessen Aktien namentlich an der Budapest Börse wesentlich gesunken waren. Welches Manöver damals verfolgt wurde, entzieht sich der öffentlichen Beurteilung, denn nach dem vorliegenden Geschäftsbericht ergibt sich aus der Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr, daß sich der Reingewinn dieses Trustes von 1,8 Millionen Franken auf 2,24 Millionen Franken gesteigert hat. Aus diesem Gewinn wird eine Dividende in Höhe von 20 Prozent verteilt. Auch in anderer Hinsicht ist die Lage des Trustes außerordentlich günstig. Wenn auch die Bauxitlieferungen im abgelaufenen Jahre etwas zurückgegangen sind, so haben doch die Lieferungen an die deutschen Verarbeitungsbetriebe gegenüber dem Vorjahre fast keine Veränderung erlitten. Das ist sehr beachtlich, wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland große Mengen von Aluminiumabfällen zur Metallverarbeitung aus dem Ausland außer dem eingeführten Bauxit bezogen hat. Außerdem bestehen mit Deutschland langfristige Lieferungsverträge. Auch mit anderen Gesellschaften hat der Trust lang andauernde Verträge abgeschlossen.

Da der Aluminiumverbrauch sowie die Nachfrage nach Legierungen dauernd wächst, hat die Gesellschaft die begründete

Hoffnung, daß auch der Abfall an Baugut im laufenden sowie in den folgenden Jahren eine wesentliche Steigerung erfahren wird. R. Segerer.

Drei-Millionen-Dollar-Kredit für die Ruhrchemie-A.G.

Bereits seit einiger Zeit ist bekannt, daß die Ruhrchemie-A.G. mit dem New Yorker Bankhaus Dillon Read & Co. wegen eines Drei-Millionen-Dollar-Kredits mit 8 Prozent Zinsen auf die Dauer von 8 Jahren verhandelt hat.

Die Ruhrchemie-A.G. setzt sich aus 28 der bedeutendsten Eisen- und Kohlenunternehmungen des Ruhrbezirks unter Führung der Vereinigten Stahlwerke, A.G., der Harpener Bergbau-A.G., der Friedrich-Krupp-A.G. usw. zusammen.

Die obengenannte Gesellschaft hat bereits im Mai vergangenen Jahres eine Vier-Millionen-Dollar-Anleihe bei der Dillon Read aufgenommen. Der neue Kredit soll im wesentlichen zum Ausbau der bestehenden Anlagen benutzt werden.

Opfer der Arbeit.

Zu einer folgenschweren Explosion kam es am 29. Juli in der Zweigniederlassung des Vereins für chemische Industrie, A.-G., in Rombach bei Mainz. Es ereignete sich im ersten Stock des dreistöckigen Fabrikgebäudes eine heftige Explosion, deren Ursache zur Zeit noch nicht aufgeklärt ist.

Folgenschwere Explosionskatastrophe in Odessa.

Wie die Tagespresse berichtet, ereignete sich in einer Kautschukfabrik in Odessa eine sehr schwere Benzolexplosion, durch die elf Arbeiter getötet wurden. Die Fabrik selbst wurde vollkommen zerstört.

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1928.

Kritik kann die Papiermacher-Berufsgenossenschaft absolut nicht vertragen. Daher auch seit Jahren ihre Weigerung, uns ihren Verwaltungsbericht auszuhändigen, und daher ansehnlich auch die Einführung eines doppelten Berichtsverfahrens.

Betriebe und Versicherte.

Die Zahl der Betriebe und die Zahl der in diesen beschäftigten Versicherten gestaltete sich seit dem Bestehen der Papiermacherberufsgenossenschaft folgendermaßen, wobei wir die Zahlen in fünfjährigen Abschnitten anführen:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der Betriebe, Zahl der Versicherten. Rows from 1886 to 1928.

Bemerkenswert ist, daß nach Beendigung des Weltkrieges die Zahl der Betriebe im Abnehmen, dagegen die Zahl der Versicherten im Zunehmen begriffen ist. Über die Zunahme der Versicherten vom Jahre 1927 bis 1928 ist die Papiermacherberufsgenossenschaft der Auffassung, daß diese Zunahme als Auswirkung des allgemeinen Übergangs zu dem Dreischichtensystem angesehen werden muß.

10 Prozent der deutschen Betriebe das Zweischichtensystem zur Einführung gelangt war, besand sich die Zahl der Versicherten in ständigem Steigen, trotzdem von 1920 bis 1928 die Zahl der Betriebe um 56 zurückgegangen ist.

Bemerkenswert ist ferner, daß die Zahl der Betriebe in den beiden Genossenschaftsberichten für 1928 differenziert angegeben ist. Im Verwaltungsbericht wird die Zahl der im Jahre 1928 vorhandenen Betriebe mit 1091, dagegen im Jahresbericht mit 1063 am 1. Januar 1929, also um 28 niedriger, angegeben.

Jahresdurchschnittslöhne.

Nach dem Verwaltungsbericht betrug die umlagepflichtige Lohnsumme im Jahre 1928 240 728 100 Mark gegen 215 285 200 Mark im Jahre 1927. Die umlagepflichtigen Löhne haben sich gegenüber 1927 demnach um 11,8 Prozent erhöht, während die Vermehrung der Versicherten im gleichen

Die Bedeutung des sozialistischen Gedankens für die Arbeiterbildung.

Das Maß der Bildung, das sich viele von den deutschen Arbeitern trotz mangelhaften Schulunterrichts und fast nie abbrechender Nahrungssorgen noch spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet der Eintritt in die Gedankenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt.

Prof. Bacher (in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“).

Zeitraum nur 6,3 Prozent betrug. Hier kommen also auch die im Jahre 1928 durch Tarifvertrag erhöhten Arbeiterlöhne zum Ausdruck.

Auf den Kopf der Versicherten entfällt folgender Jahresdurchschnittslohn:

Table with 2 columns: Jahr, Mark. Rows for 1913, 1927, 1928.

Die Jahresdurchschnittslöhne haben demnach von 1913 bis 1928 eine Erhöhung um rund 97 Prozent erfahren.

Wiederum bemerkenswert ist, daß der Jahresbericht über Gestaltung der Jahresdurchschnittslöhne keine Angaben enthält. Hat die Papiermacher-Berufsgenossenschaft vielleicht davor Angst, daß Versichertenvertreter Kritik an der Lohnbildung in der Papiererzeugungsindustrie üben könnten?

Gewerbliche Berufskrankheiten.

Die Anmelde- und Entschädigung der Berufskrankheiten gestaltete sich in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

Table with 3 columns: Jahr, Angemeldete Berufskrankheiten, Entschädigte Berufskrankheiten. Rows for 1927, 1928.

Bei den bei... entschädigten Berufskrankheiten handelt es sich um Erkrankungen durch Bleivergiftung.

Unfälle.

Über die Entwicklung der Unfälle seit Bestehen der Papiermacher-Berufsgenossenschaft gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft, wobei wir wiederum die Unfallzahlen im Zeitraum von fünf Jahren anführen:

Table with 5 columns: Jahr, Angemeldete Unfälle auf 1000 Versicherte, Erstmals entschädigte Unfälle auf 1000 Versicherte, Todesfälle. Rows from 1885/86 to 1928.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Zahl der angemeldeten Unfälle sowohl absolut wie auch prozentual seit 1885 in geradezu erschreckender Weise zugenommen hat. Seit Bestehen der Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1885 bis zum Jahre 1928 hat das Schlachtfeld der Arbeit nicht weniger als 173 577 Opfer als Unfallverletzte zu verzeichnen.

Nach die Zahl der erstmals entschädigten Unfälle hat seit Bestehen der Berufsgenossenschaft erschreckend zugenommen. Nicht weniger als 28 300 Opfer der Arbeit mußten durch Renten entschädigt werden. Dabei ist es ganz unerheblich,

daß prozentual die Zahl der entschädigten Opfer etwas zurückgegangen ist; dies ist höchstens ein Zeichen dafür, daß die sogenannte Rentenquetsche fabellos funktioniert.

2335 Todesopfer hat die deutsche Papiererzeugungsindustrie von 1885 bis 1928 unter der Arbeiterschaft gefordert.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit tut die Papiermacher-Berufsgenossenschaft recht zimperlich, wenn an ihren Berichten Kritik geübt wird, um dann gleichzeitig den schwarzen Reichswehrfeldwebel herauszustoßen, der das Recht der Zensur über unsere kritischen Artikel gegenüber der Berufsgenossenschaft verlangt.

Auch bei Todesfällen müssen wir wieder die Wahrnehmung machen, daß die Angaben der Papiermacher-Berufsgenossenschaft differenzieren. Im Verwaltungsbericht wird die Zahl der Todesfälle im Jahre 1927 mit 67 angegeben, dagegen im Jahresbericht mit 79. Anscheinend spielen zwölf Todesfälle — um diese differenzieren die beiden Angaben — bei der Papiermacher-Berufsgenossenschaft überhaupt keine Rolle. Dafür handelt es sich aber auch fast nur um Proleten und nicht um Unternehmer, deren natürliche Todesfälle bereits in Nachrufen genügend festgehalten werden.

Betriebsbesichtigungen.

Von den Revisionsbeamten der Papiermacher-Berufsgenossenschaft wurden im Jahre 1928 741 Betriebe besichtigt, die 94 969 Versicherte beschäftigten. Damit wurden von den Betriebsrevisoren 68 Prozent aller Betriebe und 80 Prozent aller Versicherten erfasst. Man wird lobend anerkennen müssen, daß die Revisionsbeamten der Berufsgenossenschaft bestrebt waren, eine möglichst hohe Anzahl von Betrieben und Versicherten zu kontrollieren.

Über die Durchführung der Revisionen sagt der Bericht:

„Die Betriebsbesichtigungen finden fast ausnahmslos unangemeldet statt. Sie erfolgen stets in Begleitung des Betriebsunternehmers oder seines Stellvertreters. Mit den Betriebsvertretungen (soweit solche vorhanden waren) wurde stets Frühling genommen. In zahlreichen Fällen wurden auch die Maschinenmeister bzw. Reparaturschlossermeister zu den Revisionen zugezogen. In keinem Falle ist einem Aufsichtsbeamten der Zutritt verweigert oder die Durchführung der Revision erschwert worden. In einer Anzahl von Betrieben sind auf Grund unserer Anregungen besondere Unfallverhütungskommissionen eingerichtet worden, die, wie schon jetzt erkennbar, sehr erfolgreiche Arbeit zu leisten vermögen. Die Zahl der Beanstandungen in solchen Betrieben ist in beachtlicher Weise zurückgegangen und auch die Angaben über den Unfall auf den Unfallanzeigen sind wesentlich verständlicher und sachlicher abgefaßt. Auch das Interesse der Versicherten an den Fragen der Unfallverhütung scheint durch die Tätigkeit dieser Kommissionen merklich gesteigert zu werden. Auf Grund dieser günstigen Erfahrungen wurde an alle mittleren und größeren Betriebe ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Einrichtung solcher Unfallprüfungskommissionen oder die Betrauung von Sicherheitsingenieuren angeregt wurde.“

Wir freuen uns, daß unsere jahrelange Kritik endlich dazu geführt hat, praktische Maßnahmen auch in den Betrieben anzuregen und zur Durchführung zu bringen, wobei wir hoffen, daß auch die Arbeiterräte mit dazu herangezogen werden. Warum hebt der Bericht nur hervor, daß bei den Revisionen „mit den Betriebsvertretungen stets Frühling genommen wurde“ und warum stellt er nicht ausdrücklich fest, daß die Betriebsvertretungen an den Revisionen aktiv teilgenommen haben? Ist es vielleicht einem Teil der Unternehmer und Fabrikdirektoren peinlich, wenn in Gegenwart der Arbeiterräte Beanstandungen stattfinden? Warum muß bei allen Revisionen der Betriebsunternehmer oder Fabrikdirektor dabei sein? Sollen diese Werkvertreter etwa abschreckend auf die Arbeiter einwirken? Und warum können die gefundenen Mängel nicht nach der Revision dem Unternehmer mitgeteilt werden? Warum? Sehr einfach, weil die Berufsgenossenschaft eine reine Unternehmerorganisation darstellt, die sich den wohlklingenden Namen Selbstverwaltungskörper beigelegt hat!

Festgestellte Mängel.

„Im Verhalten der Versicherten in bezug auf unsicheres Arbeiten ist keine bemerkenswerte Veränderung gegen die Vorjahre zu verzeichnen. Es ist auch ausgeschlossen, daß darin von einem zum anderen Jahre eine Änderung festgestellt werden könnte. Bei den älteren Arbeitern, insbesondere den gelerntem unter ihnen, besteht zweifellos vielfach reges Interesse für die Fragen der Unfallverhütung. Die jüngeren und viele ungelernete Arbeiter dagegen stehen diesen Fragen, die sie selbst doch in erster Linie betreffen, ziemlich teilnahmslos und wohl oft auch verständnislos gegenüber. Nur durch unermüdete Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, nicht zuletzt auch in der Schule und durch die Presse wird sich allmählich eine Besserung erzielen lassen.“

Die Form der diesjährigen Kritik an dem Verhalten der Versicherten, das wir keinesfalls, soweit eine wirkliche Schuld der Arbeiter vorliegt, beschönigen wollen, sticht immerhin wohlthuend ab von den direkten Vorwürfen, die in früheren Jahren wiederholt der Arbeiterschaft in den Genossenschaftsberichten gemacht wurden und weswegen wir unsererseits wieder gezwungen waren, Kritik an der parteiischen Stellungnahme des Berichtes zugunsten der Unternehmer zu üben.

Trotzdem vermissen wir auch dieses Jahr jede Kritik an dem Verhalten der Unternehmer und Fabrikdirektoren in dem Bericht. Angebracht wäre sie wirklich. Man staune! Von den revidierten 741 Betrieben wurden nur „in 143 Betrieben keinerlei nennenswerte Betriebsmängel festgestellt“. Dagegen mußten in den übrigen 598 Betrieben nicht weniger als 3723 Anordnungen im Interesse der Unfallverhütung getroffen werden. Schlimmer vermag die Interesslosigkeit der Betriebsinhaber und Werksleiter an der Unfallverhütung kaum noch festzustellen zu werden. Und das wunderlich ist,

Papiermacher-Berufsgenossenschaft noch, wenn in manchen Betrieben die Versicherten kein Interesse an der Unfallversicherung zeigen, sehr oft wahrscheinlich auch nicht zeigen dürfen, weil sie sonst Gelegenheit bekommen, die Betriebe von außen anzusehen.

Bestrafungen.

In fünf Fällen wurden Anträge auf Bestrafung von Versicherten gestellt, denen auch von den Versicherungsämtern entsprochen wurde.

In drei Fällen mußten Geldstrafen wegen verspäteter Einreichung der Unfallanzeigen verhängt werden. Ein Unternehmer mußte wiederholt wegen nicht rechtzeitiger Einreichung von Unfallanzeigen bestraft werden.

Stellt man auch diese beiden Fälle aus dem diesjährigen Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft gegenüber, so ergibt sich klipp und klar die von der Berufsgenossenschaft geübte Klassenjustiz. Bestrafung der Arbeiter, weil sie gegen die Unfallversicherungsbestimmungen handeln, zarteste Rücksichtnahme gegen die Unternehmer, deren Rücksichtslosigkeit in einem einzigen Jahre 3723 Anordnungen durch die Revisionsbeamten notwendig machte!

Es wird wirklich Zeit, daß entsprechend dem Antrage des ADGB, der gesamte Arbeiterschut, unter starker Mitwirkung bei der Ausübung desselben durch die organisierte Arbeiterschaft, vereinheitlicht wird, damit die Selbstherrlichkeit der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften endlich ihr wohlverdientes Ende findet. O. Stähler.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1929.

Der Bericht über den Verlauf der Frühjahrsmesse ist unter dem Titel „Die Lage der verarbeitenden Industrie im Lichte der Leipziger Frühjahrsmesse 1929“ beim Verlag von Reimar Hobbing in Berlin erschienen. Bearbeitet ist der Bericht vom Institut für Konjunkturforschung in Berlin gemeinsam mit dem Leipziger Messamt. Wir entnehmen dem Abschnitt „Spielwarenindustrie“ folgende Mitteilungen:

In der Spielwarenindustrie hat sich das Messeresultat im Durchschnitt auffallend günstig gestaltet. Die Messeabschlüsse waren etwas umfangreicher als auf der Frühjahrsmesse 1928. Die Zunahme der Abschlüsse gegenüber dem Vorjahre erstreckte sich auf Puppen, Puppenwagen, Stoffspielwaren und Spiele. In anderen Zweigen der Spielwarenindustrie ergab sich ein leichter Rückgang des Geschäftsumsatzes, der fast ausschließlich auf das Inlandgeschäft entfiel. Im Auslandgeschäft hat sich sowohl die Absatzfähigkeit wie die Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen gegenüber der letzten Frühjahrsmesse erhöht, was wohl auch auf den durch die intensive Spezialpropaganda veranlaßten lebhafteren Besuch der Messe aus dem Ausland zurückzuführen ist. Wie auf den früheren Messen waren auch diesmal die größeren Firmen am erfolgreichsten.

Die auf der Messe hereingekommenen Aufträge entsprechen dem Durchschnitt einer Arbeitsleistung von 88 Arbeitstagen (im Vorjahr 73), wovon rund 2/3 durch Neuankaufung erledigt werden. Die Lagerbestände, die vor der Messe ungefähr eine Produktion von 3 Monaten erreichten, konnten durch das Messeresultat um etwas mehr als 1/4 vermindert werden. Aber die Messesaufträge hinaus dürfen auf Grund der angeknüpften Geschäftsverbindungen noch Aufträge zu erwarten sein, und zwar im Inlandgeschäft weniger, im Auslandgeschäft dagegen erheblich mehr als im Vorjahre.

Der Besuch der Messe durch Einkäufer war zufriedenstellend. Die beratenden Firmen verhandelten im Durchschnitt mit 83 Einkäufern über Aufträge. Einzelne Firmen der Puppenindustrie, z. B. die, welche ganz neue Muster herausgebracht hatten, berichteten, daß über 200 Einkäufer Verkaufsunterlagen anforderten. Die Einkäufer verteilen sich zu etwa 80 v. H. auf das Inland und zu 40 v. H. auf das Ausland. Dabei haben jedoch die ausländischen Einkäufer im Durchschnitt größere Aufträge erteilt als die inländischen; denn rund die Hälfte der hereingekommenen Messesaufträge stammt aus dem Ausland.

Die Einkäufer fragten in der Hauptsache nach Massenartikeln und Serienerzeugnissen in billigen und mittleren Preislagen und neuen Mustern. Das Geschäft in älteren Mustern blieb dagegen auffallend zurück, selbst dann, wenn erhebliche Preiszugeständnisse gemacht wurden. Der starke Rückgang des Inlandgeschäftes, der sich schon auf der Herbstmesse 1928 angebahnt hatte, ist zum Teil eine reine Konjunkturercheinung, zum Teil aber auch strukturell bedingt. Das Messeresultat mit dem Inland wird offenbar dadurch beeinflusst, daß die Warenhäuser immer größeren Teil des Spielwarenabsatzes vermitteln, die Einkäufer der Warenhäuser besuchen die Messe, aber meist nur zur Orientierung, wenige zur Auftragserteilung. Freilich geht auch das Umsatzvolumen der Spielwarenindustrie im Inlandgeschäft zurück. Dieses ist eine Folge der vorläufig ständig abnehmenden Kinderzahl. Für das Jahr 1929 ist mit 880 000 weniger zu rechnen als im Jahre 1925. Wenn man annimmt, daß die Spielwarenindustrie bisher im Durchschnitt je Kind jährlich für etwa 6 Mk. Spielwaren abgesetzt hat, so bedeutet dies Abnahme der Kinderzahl eine Abnahmeverminderung von jährlich rund 5,3 Millionen Mark. Das Auslandgeschäft gewinnt somit für die Spielwarenindustrie eine immer größere Bedeutung; denn bei dem strukturell sinkenden Inlandsatz ist es nur durch eine Steigerung der Ausfuhr möglich, den bisherigen Produktionsumfang der Spielwarenindustrie aufrechtzuerhalten.

In Holzspielwaren hat das Messeresultat gegenüber dem Vorjahre nachgelassen. Nach Angabe der Aussteller war der Auftragszugang um mehr als 1/4 niedriger als auf der vorjährigen Frühjahrsmesse. Das Interesse des Publikums für Holzspielwaren scheint abzunehmen. Hinzu kommt, daß die Konkurrenzfähigkeit im Auslandgeschäft durch hohe Zoll- und Frachtkosten stark beeinträchtigt wird. Aber auch im Inlandgeschäft spielen diese Momente eine Rolle, wenn es sich um Konkurrenz mit anderen (z. B. Zelluloid-) Spielwaren handelt. Ein Ausgleich dieser ungünstigen Faktoren durch Verbindung der Fabrikation ist nur in engen Grenzen möglich, weil die Struktur dieses Industriezweiges (Heimarbeits) technische Rationalisierungsmaßnahmen meist erschwert.

Etwas günstiger gestaltete sich der Messeresultat bei Metallspielwaren. Hier hielten sich die Abschlüsse etwa auf der Höhe des Vorjahres. Freilich wird bei Metallspielwaren ein größerer Teil der Aufträge ab Lager erledigt werden als bei Holzspielwaren. Die Lagerbestände erreichten bei Beginn der Messe die Höhe einer Produktion von etwa 2 1/2 Monaten; die Messe ermöglichte eine Verminderung dieser Lagerbestände um etwa 40 v. H. Darüber hinaus bieten die Messeabschlüsse den Betrieben noch für etwa 40 Tage Beschäftigung.

Auffallend günstig hat sich das Messeresultat in Puppen, Puppenwagen und Stoffspielwaren entwickelt. Es sind dieses neben Gesellschaftsspielen — die einzigen Zweige aus der Spielwarenindustrie, denen es gelungen ist, wesentlich mehr Messesaufträge zu erhalten als im Frühjahr 1928. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als auf den vorhergehenden Messen gerade diese Artikel von den Einkäufern stark vernachlässigt worden sind. Hier wird ein wesentlich geringerer Teil der Aufträge ab Lager erledigt als in anderen Zweigen der Spielwarenindustrie.

erledigung ab Lager) bei Stoffspielwaren eine Beschäftigung von 83 Arbeitstagen, bei Puppen und Puppenwagen von 81 Arbeitstagen. Die Gesamtaufträge entsprechen bei Stoffspielwaren einer Arbeitsleistung von 86 Tagen, bei Puppen und Puppenwagen von 71 Tagen gegenüber 36 und 62 Tagen auf der vorjährigen Frühjahrsmesse.

Ähnliches wie bei Puppen und verwandten Artikeln ist für Spiele zu sagen. Auch hier war der Messeresultat wesentlich günstiger als im Vorjahre. Die Aufträge entsprechen im Durchschnitt einer Arbeitsleistung von 85 Tagen gegenüber 36 im Vorjahre. Bevorzugt wurden von den Einkäufern Intelligenzspiele und pädagogische Spiele sowie teilweise Gesellschaftsspiele, die auf alten Spielprinzipien aufgebaut, aktuelle Ereignisse berücksichtigen haben (wie etwa die Zeppelfahrt nach Amerika). Soweit es sich um derartige zugängliche Neuheiten handelt, berichten die Aussteller, daß sowohl im Inlandgeschäft wie im Auslandgeschäft die geforderten Preise im allgemeinen bei normalen Zahlungsbedingungen bewilligt wurden.

Im Gegensatz zu diesen Zweigen der Spielwarenindustrie hat sich das Geschäft in Papierspielwaren nur zögernd entwickelt. Die Messeabschlüsse waren nur wenig höher als zur Herbstmesse 1928, also bedeutend niedriger als vor einem Jahre. Der Geschäftsrückgang verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf das Inland- sowie auf das Auslandgeschäft. Von den Messebesuchern wurden erheblich weniger Verkaufsunterlagen erbeten als im Vorjahre.

Von den übrigen Spielwaren wurden vor allem Zelluloid- und Hartgummispielwaren, zum Teil auch moderne Kork- und Drahtartikel, verhältnismäßig stark gekauft, vor allem dann, wenn es sich um billige Muster handelte, die als Zugabe- oder Scherzartikel geeignet sind.

Die Karneval- und Festartikelindustrie war in ihrem Absatz weniger erfolgreich als auf der Frühjahrsmesse 1928. Das Inlandgeschäft war durch die kurze Karnevalsaison dieses Jahres wie auch durch die unglückliche Witterung beeinträchtigt, während das Auslandgeschäft unter einem teilweisen Ausfall des Exportes nach Nordamerika zu leiden hatte. Immerhin haben die Betriebe durchschnittlich für 43 Arbeitstage Beschäftigung erhalten.

Das Geschäft in Christbaum schmuck hat sich etwas schleppender entwickelt als vor einem Jahre. Die Umsätze waren im Durchschnitt um etwa 20 v. H. niedriger. In dieser Branche deutet allerdings das Messeresultat noch nicht ohne weiteres auf eine Verminderung des Gesamtgeschäftes hin; denn in Christbaum schmuck gewinnen die Warenhäuser in besonders hohem Grade als Teilnehmer Bedeutung. Die Geschäftsabschlüsse mit den Warenhäusern erfolgen in der Hauptsache erst nach der Messe. Im Auslandgeschäft vermochten die Aussteller im Durchschnitt ungefähr den Geschäftsumsatz der vorjährigen Frühjahrsmesse aufrecht zu erhalten.

Eine Reihe von Branchen hat eine verhältnismäßig günstige Entwicklung gehabt. Diese Entwicklung hat verschiedene Gründe. Einmal scheint die Mode die Erzeugnisse dieser Industriezweige neuerdings wieder zu begünstigen. Außerdem haben die Absatzschwierigkeiten in den letzten beiden Jahren vor allem die Puppenindustrie dazu angeregt, die teilweise sehr veralteten Musterkollektionen zu modernisieren, so daß die Einkäufer den nunmehr angebotenen Waren wieder größeres Interesse entgegenbringen. Besonders deutlich trat dies im Auslandgeschäft zutage. Während auf früheren Messen die Aussteller meistens darüber klagten, daß es ihnen infolge der hohen Zölle und der zunehmenden Industrialisierung im Ausland nicht möglich sei, größere Abschlüsse zu tätigen, ergab sich diesmal, daß diese Hindernisse durch neue und geschmackvolle Musterungen zum Teil überwunden werden konnten.

Der verhältnismäßig günstige Messeresultat war in erster Linie dem regen Interesse der ausländischen Einkäufer zu verdanken; die übermäßige Anzahl der beratenden Aussteller war im Auslandgeschäft erfolgreicher als vor einem Jahre. Im Inlandgeschäft beruht jedoch etwas mehr als die Hälfte der Aufträge von einem Rückgang gegenüber dem Vorjahre.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Die Zahlstelle Bremen hat eine ganze Anzahl verdienter Veteranen in ihren Reihen. Nachdem im Dezember vorigen Jahres die Kollegin Aliborn ihren 80. Geburtstag feiern konnte, wird am 19. August d. J. ein anderes Mitglied der Zahlstelle Bremen 80 Jahre alt. Es ist der Kollege Hermann Brinkmann, der am 19. August 1849 geboren wurde und seit 1892 gewerkschaftlich organisiert ist, seit 1905 bis jetzt ununterbrochen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Seit 17 Jahren ist der Kollege Brinkmann Invalide. Seine ungeborenen Treue zum Verband, seine noch rege Teilnahme an Organisationsleben nach so vielen Jahrzehnten harten Proletarierlebens ehrt die Zahlstelle Bremen ebenso wie den greisen Kollegen selbst. Der jüngeren Generation aber diene die unerschütterliche Gefinnungstreue des Kollegen Brinkmann zum Vorbild. In diesem Sinne grüßen wir den greisen Mitkämpfer von der Wasserkante.

Dresden. Am 26. Juli sagte die Quartalsversammlung. Kollege Grafe erstattete den Bericht über das 2. Quartal. Es haben insgesamt 29 Bewegungen stattgefunden in den Industrien Chemie, Gummi, Selse, Papier, Grobkeramik, Feinkeramik, Nahrungsmittel, Glas u. a. Beteiligt waren daran 10 628 männliche und 6825 weibliche Arbeitnehmer. Die durchschnittliche Erhöhung der Löhne betrug für Männer 4 1/2 Pf., für Frauen 3 1/2 Pf.; das beträgt für Männer 2,28 Mk., für Frauen 1,72 Mk. pro Woche; insgesamt für Männer rund 24 000 Mk., für Frauen 8000 Mk. pro Woche. Auf das Jahr umgerechnet beträgt die Lohnerhöhung für Männer rund 1 200 000 Mk., für Frauen rund 430 000 Mk. Diese Erfolge sind erreicht worden gegen den Willen der Kommunisten, soweit diese ihre rein parteipolitische Einstellung ihrer Kritik zugrunde legen. Damit kommt Koll. Grafe auf die neueste Art der Kritik sogenannter Arbeitervertreter zu sprechen, die unter dem Schutze ihrer Immunität als Abgeordnete der Arbeiterschaft organisierte Arbeiter und ihre Funktionäre in einer Art beschimpft und beschmüht, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzeln dargestellt. Beispielsweise sind „Der Keramprolet“, der „Siemens Jungarbeiter“ und „Rote Häuser“, für die ein Kermesse, M. d. R., und „Eubelblättern“, die sich in nichts von den Revolverblättern bürgerlicher Abstammung unterscheiden, besetzt sich auch das Organ der KPD in Dresden, „Die Arbeiterstimme“, damit, die Spaltung der freien Gewerkschaften bewußt vorwärts zu treiben. Der KPD kommt es darauf an, das Emporsteigen und Erstarken der Gewerkschaften zu verhindern, ihr Ziel ist das Zerbrechen der starken wirtschaftlichen Waffe der Arbeiterschaft.

Singen-Konstanz. Wer wie wir unter dem Eindruck der Wechselwirkung von Aufstieg und Rückschlag in unserem Verbandsleben steht, der weiß Kollegen und Funktionäre zu schätzen, die ganz unserer großen Sache leben. Um so schwerer trifft sie dann die Kunde, wenn eines ihrer besten Mitglieder ihnen durch den Tod entrissen wird. So mußten auch wir vor einigen Tagen unserer Kollegin Mogg das letzte Geleit geben. Lange Jahre stand sie in vorderster Reihe, hat als Betriebsratsmitglied, als Kassiererin und in den verschiedensten anderen Funktionen unsere Interessen wahr genommen. Wir kannten sie kaum anders, als für die Organisation arbeitend, stets mit dem Kassiererbuch in der Hand oder dem „Proletarier“. Schon zum Eisenbahn krank schleppte sie sich noch nach der Fabrik, um vor dem Fabrikatore ihre Kollegen und Kolleginnen auf ihre Beitragspflicht zu erinnern. So eng war sie mit dem Aufbau unserer Gewerkschaft ver wachsen, daß jeder Fortschritt ein fremdges Erleben für sie wurde, bei jedem Rückschlag aber auch ihre Seele mitbrachte. Wir verstehen den Schmerz ihrer Angehörigen, die so viel verloren haben; ist doch auch in unserer Reihe eine Lücke entstanden. Gütige sie auch keine Familie gehabt, so hätte sie doch auch nicht unbeschäftigt gelebt; denn ihr Leben galt anderen, galt ihren Mitkolleginnen und -kollegen, galt einem großen Ziele der Befreiung unserer Klasse. Sie war eine der Besten, unergessen wird sie uns sein.

Internationale Arbeiterbewegung.

Zehn Jahre Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach dem Kriege.

Durch den Krieg waren die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder unterbrochen. Der Internationale Gewerkschaftsbund fand bei seinem ersten Wiederzusammentritt im Jahre 1919 ein wirtschaftliches Chaos vor. Da war es keine leichte Aufgabe, die Arbeiterorganisationen wieder einander näherzubringen und die internationale Gewerkschaftsbewegung wieder aufzubauen, um so mehr, als das gegenseitige Vertrauen noch recht oft mangelte. Außerdem ermuhten dem internationalen Gewerkschaftsbund eine ganze Reihe neuer Aufgaben. Die Abtrennung wirtschaftlich wichtiger Gebiete von Deutschland führte den IGB. zu eingehenden Untersuchungen über die Lage im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und im Saargebiet. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Wiederaufbaues hat der IGB. ganz zweifellos sehr ansehnliche Erfolge davongetragen. Man braucht ja nur an den Einfluß des IGB. auf den verschiedenen Wirtschaftskonferenzen zu erinnern. Die große Weltwirtschaftskonferenz in Genf ist vor allem auf die energischen Forderungen des IGB. zurückzuführen.

Wirkliche internationale Solidarität bewies der IGB., als er seine großen Hilfsaktionen auf gewerkschaftlichem Gebiete unternahm, z. B. zugunsten der notleidenden Bevölkerung Wiens, des hungernden russischen Volkes, zugunsten der deutschen Gewerkschaftsbewegung usw. Man schätzt den Gesamtbetrag, der auf diese Weise vom IGB. den verschiedensten Hilfszwecken zugeführt wurde, auf über 10 Millionen Gulden.

Auf die organisatorische Gestaltung und auf die innere Geschlossenheit des IGB. ist in den verflochtenen 10 Jahren viel Arbeit verwandt worden und mit gutem Erfolge. Die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Berufssekretariaten und dem IGB. ist neu geregelt worden. Der IGB. ist mit viel Erfolg befreit, seinen Einfluß auch in außer-europäischen Ländern zu stärken. Das gilt hauptsächlich für Amerika.

Der Einfluß des IGB. auf die Regierungen ist durchaus nicht gering und hat sich schon sehr oft zum Nutzen der Arbeiterschaft bemerkbar gemacht, nicht zum wenigsten auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik und ebenso in der internationalen Wirtschaftspolitik. Er hat in den zehn Jahren seiner Nachkriegsarbeit jedenfalls sehr viel geleistet und kann auf seine Erfolge mit Freude und Genugtuung zurückblicken und aus ihnen neues Vertrauen und neuen Mut zu den künftigen Aufgaben schöpfen, die sehr zahlreich und sehr dringend sind.

Wirtschaftliches.

Für eine Milliarde Reichsmark Fertigwaren auf der Leipziger Frühjahrsmesse verkauft.

Das Institut für Konjunkturforschung hat zusammen mit dem Leipziger Messamt durch eine Umfrage den Wert der den Ausstellern zur Frühjahrsmesse 1929 erteilten Aufträge ermittelt. Danach liegt der Gesamtwert der Aufträge, die den deutschen Ausstellern (die Geschäfte der ausländischen Aussteller blieben unberücksichtigt) erteilt wurden, zwischen 470 und 500 Millionen Mk. Da als Wert der aus der Messe herbeizuleitenden Nachbestellungen mindestens die gleiche Summe wie der Wert der direkt erteilten Aufträge angenommen werden kann, ergibt sich ein Gesamtumsatz der deutschen Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse 1929 von mindestens 950 000 bis 1 000 000 Mk. Nach den Angaben der Aussteller wurde etwa die Hälfte der Aufträge von ausländischen Einkäufern erteilt, so daß für rund 500 Millionen Mark deutsche Fertigwaren über die Frühjahrsmesse dieses Jahres in das Ausland verkauft wurden.

Literarisches.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Organisationsmitglieder 2,85 Mk. Das Juliheft der Zeitschrift enthält wieder einige außerordentlich interessante Artikel. Dr. Kurt Bloch beschäftigt sich mit der Verteilung der Reparationserparnis, Wladimir Wostinski bringt eine interessante Statistik über die Tarifverträge in Deutschland, Dr. Georg Flawow einen Artikel zur Statistik des kollektiven Arbeitsrechts, Clemens Nörpel über die Änderung des Vereinsgesetzes und Dr. Judith Grünfeld über das Lohnproblem der Arbeiterin. — In der Rundschau der Arbeit wird über Neuordnung der Landwirtschaftskammern, über die Novelle zum Handelsgesetzbuch berichtet und außerdem eine ausführliche Schriftenübersicht über wirtschaftliche Fragen betreffende Bücher gegeben.

Rotverbände und ihre Technik. Ein Hilfs- und Auskunftsbüchlein für Laienleser, besonders für Sanitätsmannschaften, Feuerwehreinheiten, Turner, Sportler, Jugendgruppen usw., von Stadtmittelrat Dr. med. K. Marloth (Leipzig). Mit 160 Abbildungen im Text. Einzelpreis nur 50 Pf., bei Bestellungen von 25 Stück an billiger. Verlag von Albert Frölich, Leipzig. Jeder der unzähligen Rotverbände wird durch Text und Bild anschaulich dargestellt, so daß auch der Unkundigste dadurch zu einem Helfer werden kann. Wir können das Heftchen sehr empfehlen.

Wer sich eingehend informieren will über Inhalt und Geist des Wiener Treffens der internationalen sozialistischen Jugend, der letzte das Augustheft der „Arbeiter-Jugend“. Dann bringt die „Arbeiter-Jugend“ noch lehrreiche Aufsätze über Verfassungshämpfe von Simon Ragenstein, über die Richtlinien der Wehrpolitik von Max Westphal, über die Entwicklung vom Feudalismus bis an die Schwelle des Kapitalismus von Wöring u. a. Den Schluss bilden gute unterhaltende Kurzgeschichten. Die „Arbeiter-Jugend“ bietet für den billigen Preis von 25 Pf. eine Fülle lehrreichen Stoffes mit guten Illustrationen. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlungen.

Betriebsrätegesetz mit den Ausführungsbestimmungen, Wahlordnung, Nebengesetze und den einschlägigen Verfassungsbestimmungen von Dr. Franz Goeritz. (Heft 7 von Wordels Textausgaben.) 56 Seiten. Verlag Friedrich A. Wöbel in Leipzig C 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partibelastungen von 10 Stück an Ermäßigungen. An erster Stelle ist in diesem Heft der grundlegenden Artikel 165 der Reichsverfassung wiedergegeben; es folgen der Gesetzestext mit Erläuterungen der eingetragenen Änderungen und die Ausführungsbestimmungen, Wahlordnung zum Betriebsratsgesetz, Gesetz über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und -verlustrechnung, Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat und die Wahlordnung zu letzterem Gesetz.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Auf Ziegler-Agitation.

(Was man dabei erlebt und erfährt.)

„Ich habe da,“ sagte Willem neulich morgens zu mir, „einen Sessel gekleidet mit ungefähr 80 Namen. Das sind Leute von der Ziegelei A. bei Lamstedt, die organisiert werden wollen. Ich wollte mich eigentlich heute nachmittags mal danach umgucken. Willst du mit? — Ich fahre so um 2 Uhr rum los.“

Natürlich wollte ich mit und wir verabredeten: „Wenn ich Punkt 2 Uhr an der Ecke bei der Bank sehe, nimmste mich mit. Wenn ich nicht da sehe, fährste weiter.“

Um 2 Uhr war bei der Bank eine niedliche „Bullenhüte“, aber um 2¼ Uhr kam Willem immerhin. Es ist doch schön, so im gleichmäßig rollenden Wagen durch die sommerliche Landschaft zu frudeln, obenrum durch den frischen Luftzug angenehm gekühlt. Die Beine freilich schmerzen, weil man sie nicht dauernd zum Fenster raushängen kann. In Lamstedt sahen wir ein halbes Stündchen im kühlen Wirtshaus, liegen uns voll Braten und Brause laufen und holten aus der wunderlichen Wirkin verschiedenes Wissenswerte für unsere Absichten heraus.

Ein paar hundert Meter hinter Lamstedt hatten wir noch gute Straße, dann kam etwas von sehr entfernter Ähnlichkeit. Es schien geraten, eine entgegenkommende Kuhherde nicht fahrend zu passieren. Schweigend standen wir eine Weile neben unserem Wagen. Eine wunderbare, wohlriechende Ruhe lag über dem weiten Land: über blühendem Buchweizen, reisendem Korn, über Busch und Weide. Aus der Ferne brummelte ab und zu Geschloßdonner herüber, vielleicht von Nordholz oder von der See. — Das war der Ton, den wir im heißen Sommer 1914 auf dem elässischen Kasernenhof erlauschten, wenn der Wind ihn vom Mont Doumont herübertrug. „Nie wieder Krieg!“ — Die Kühe waren vorbei, wir ließen den Motor wieder anlaufen. Es war ein schöner, mulliger Sandweg, und ich habe gelernt, daß man auch mit den vier Gummi-berreifen eines Autos pflügen kann, wenn man das Lenkrad fest in den Händen hat. Besten Dank! Noch einmal um die Ecke, dann sind wir da. Das heißt, es „hatte keinen Zweck“, noch weiter zu fahren, aus gewissen Gründen. . . .

„Was meinst du,“ fragte ich meinen Genossen, „wenn ich mal hinginge und sagte den Leuten Bescheid, daß du hier wartest? Mich kennen sie ja nicht auf dem Werk.“ Willem war einverstanden, und so machte ich mich auf. Als ich die Schornsteine der Ziegelei sehen konnte, bog ich vom Wege ab quer durch die Seide; da stand ich plötzlich am Rande der riesigen Tongrube, natürlich auf der Seite, auf der das Werk nicht stand. Rundherum hatte es bis nach Feierabend gedauert, also durch die „Aule“. Zuerst ging's ganz nett mit Sprüngen, bald mußte gerätselt werden, als ich in meiner leuchtend gelben Jacke, stark mit dem Hosensboden befeuchtet, haubarwirtsch bis zur halben Treppe runtergelaufen war, guckten unten die Leute auf. Sie grüßten beifriedig, als ich bei der Weiterfahrt die Richtung auf eins von den großen Wasserlöchern nahm. Ich mußte sie enttäuschen, indem ich abermals stoppte, jetzt kurz über ihnen; da redete ich sie an:

„Kennst j Willem M.“  
„Ut Sto? Jo, den kennt wil“  
„Sehst j woll an den schremm?“  
„Jo!“  
„He lurt up jo no Feierabend bi — — —!“  
„Jo, wi komt hen!“  
Dann arbeitete ich mich ganz auf den Grund der Lehmkuhle; die Leute, die ich da an den Loren traf, fragte ich einfach:  
„Wi heet j?“  
Nach einigem Zögern nannte einer seinen Namen; der hatte mit auf dem Fessel gestanden; da mußte ich wieder, daß ich richtig war, und bestellte:  
„Ji hebbt jo ok mit innereschremen an Willem M., denn goht man noher no — — —, dor sitt he!“  
„Ra, denn möt wi dor jo hen!“  
Dann kletterte ich zum Maschinenhaus hinauf. Da brummte ich nur eben einem zu, er sollte man überall Bescheid sagen, Willem M. vom Verband wäre bei — — — . Darauf erkundigte ich mich nach dem Weg und verdrückte mich. Nach Willems Erfahrungen war das das Richtige.

Als ich wieder zum Wagen kam, waren schon ein paar Ziegler da; die Kunde war wie ein Lauffeuer durch den ganzen Betrieb gegangen. Zu Fuß und zu Rad kamen sie an, auch die, die nach der entgegengesetzten Richtung nach Hanse mußten. Willem kannte manchen: 1922 waren die meisten in den Fabrikarbeiter-Verband eingetreten. . . . 1925 war der Verband überflüssig. . . . „Na“, meinte Willem, „wer heet nun recht? Was habe ich euch damals geschrieben? Daß ihr ganz von selber wiederkommen würdet! Nun ist es also so weit, und ihr habt 3, 4 oder genau genommen 8 Jahre Verbandsgeschichte sozusagen weggeworfen!“

Da gab's verlegene Gesichter.  
„Jo, dat hat nich vorkomen müß, daß de Verband hier upstegen däb . . .“  
„Was habt ihr denn jetzt für Lohn?“  
„Fiefundsföftig Penn . . . An was is de Lariflohn?“  
„Fünfundföftig . . .!“  
„Jo, ober fiefundsföftig kriegt bloß de inne Kul, de annern kriegt jo man fiefundsföftig!“  
„Wat“ entfuhr es mir, „fiefundsföftig Penn? — Dat is ja woll nich minschensmöglich!“  
„Jo, an dat is „em“ noch soval, denn will he noch jeden einen wegigent!“  
„So“, sagt Willem, „fünfundföftig Pennig, das ist ja ganz schön, die niedrigste Larifklasse fiefundsföftig! Und das laßt ihr euch gefallen? Was sagt denn euer Betriebsrat dazu? . . .“  
„Betriebsrat hebbt wi nich.“  
„Und wieviel Mann seid ihr?“  
„Oh, an hundert seht man 'n poor . . .“  
„Junge, Junge: 100 Mann, kein Betriebsrat, 5 Pennig Stundenlohn . . . Denn seid ihr wohl so weit, wie?“  
Und die waren so weit: übernächsten Sonntag ist Ziegler-Verammlung bei . . . in . . . auch die 27 Mann von der . . . sein . . . sei werden kommen, wo es genau so aussehen soll. Und wenn da ein paar Mann fehlen sollten, die da meinen, den Arbeitsvertrag können sie sparen, weil die Lohnverhöhung sowieso kommen muß, denen werden die Kollegen schon reinen Wein einschenken, und wenn er aus einer schmutzigen Lehmanle geschöpft werden muß.

Sobald über dem Betrieb, in einem schönen großen Haus, müssen im Grünen, wohin der Besitzer, Herr A. So bauten sich früher die großen Herren ihre Burg, hoch über dem Dorf ihrer leib-eigenen Leute, und wenn die etwa mal ausfuhren later. Dann kletterten sie von oben Tod und Brand auf den Kopf, zur Be-zugung. Gott sei Dank, heute können sie ja nicht mehr, wie man wohl weiß. Aber kämpfen wird der Herr A., mörderisch kämpfen, wenn er merkt, daß Willem wieder die Finger in seinen Kram hat, denn wahrscheinlich wird es eine leere Ge-fährde.  
Wir aber ließen den Wagen heimwärts laufen, was er konnte. Die untergehende Sonne bespülte mit rötlichem Schein zwei paar gut durchhörte, aber sehr zerriebene Gesichter. Wenn ich Zeit habe, fahre ich demnächst wieder mit. A. B. S. S. S.

## Die Diebe.

Da war einmal ein kleiner Dieb,  
Der stahl ein Brot dem Kind zuleb  
Und wurde schler gefangen.  
Und konnte erst in Jahr und Stand,  
Trotz sein und seines Weibes Mund,  
Die Freiheit wieder erlangen.

Dem andern war's Glück auch nicht hold;  
Stahl einem Filz 'nen Sack mit Gold  
Durch Einbruch still und nächtens;  
Und eh noch ein halb Jahr verging  
Er an Gedatter Dreibein hing,  
Und das „Von wegen Rechtsens“.

Der dritte war ein großer Dieb:  
Der stahl sich ganz allein zuleb  
Der Menschen Ehr' und Rechte  
Und Städt' und Länder obendrein,  
Dem täten sie Ruhmesopfer weih'n,  
Und dienten ihm wie Knechtel!

Nun weiß ich doch wahrhaftig nicht,  
Wie solch ein dummes Ding geschieht,  
Und sollte doch vermehren,  
Daß, wenn euch Gott das Urteil lenkt,  
Der dritte Dieb viel höher hängt  
Als wie die beiden kleinen!

Adolf Schlagbrenner.

## Ein Held der Arbeit.

Erzählt von einem Wiener Bahnarzt aus seiner Praxis:

Vor Jahren, es war am 31. Oktober 1899, ereignete sich beim Verschieben auf einem Frachtenbahnhof einer jener schweren Aufklärungen des Dienstpersonals nicht vermeiden lassen. Ein Verschieber, der 33jährige Karl L., in Margareten wohnhaft, geriet zwischen die Puffer und erlitt schwere Verletzungen: mehrere Rippenbrüche und Zermalmungen der Beine. Der größtlich ver-stämmelte, zuckende Körper wurde vom Reitzwagen in die in der Nähe befindliche Wohnung des Verunglückten gebracht. Mit dem Aufgebote seiner letzten Kräfte hatte der Arme darum gebeten, um, wie er stammelte, innerhalb seiner vier Wände und nicht im Spital zu sterben. So erfüllte man denn seine Bitte.

Als ich in die mit ärmlichem Hausrat versehene Krankstube kam, bemühte sich ein abgehärtetes Weib um den mit dem Tode ringenden Gatten. Vier kleine Kinder, aus deren matten Augen Krankheit und Elend sprachen, kauerten in der Nähe des eisernen Ofens und hielten in ihrem lauten spielenden Treiben inne. In dem dampfigen Raume strömte es förmlich von Not. Ich trat an das Bett heran, wo der letzte Rest eines Menschenlebens lag. Die Augen der menschlichen Ruine öffneten sich weit in seltsam gläser-nem Glanze. Wie ein Sehnsuchtsblick fiel ein Strahl aus den verglühenden Sternen auf mich. „Wir haben Sie erwartet“, schluchzte die Frau. „Er leidet so viel, seine Schmerzen sind so übermenschlich! Geben Sie ihm doch um Christi willen eine Medizin, daß er einschlafst und nichts davon spürt!“ Ich langte nach meiner Tasche mit chirurgischen Instrumenten, um den Armen, den keine ärztliche Kunst mehr am Leben erhalten konnte, wenigstens von seinen Schmerzen zu befreien. Ich nahm eben die Pravazische Spritze aus dem Instrumentar, als sich ein lauter Schrei aus der Brust des Kranken entrang. Er richtete plötzlich seinen Kopf auf und mit krampfhaft zuckender Hand winkte er mich heran. „Ganz nahe!“ lispelte er. Ich beugte mich zu ihm hinab. Mühsam taunte er mir lallend ins Ohr. „Nur bis 1 Uhr nachts erhalten Sie mich am Leben; wenden Sie alles an!“ Dann faltete er die Hände wie zum Gebete und sank in die blutigen Rissen zurück. Ich füllte nun die Spritze statt mit dem schmerzbehebenden Morphium mit einer Kampferlösung. Es war 9 Uhr abends. Vier Stunden also mußte ich das stehende Leben aufhalten, wollte ich das mir unbegreifliche Flehen des Armen erfüllen.

Die Kampferinjektion wirkte. Die erkrankten Kräfte kehrten wieder und die Herzstätigkeit wurde bestrebend. Die „Peitsche“, wie der dahingegangene Hofrat Rothnagel eine solche Injektion zu nennen pflegte, erweckte den sterbenden Organismus von neuem.



Auch die ganze Psyche des Mannes auf dem Schmerzenslager war eine andere geworden. Wie beglückender Frohsinn lag es auf seinem hageren Antlitz; fast schien es, als ob ein glückliches Lächeln seine Lippen umspielte, wenn sein Blick auf die vier Kleinen fiel, die unweit vom glühenden Ofen einander weckten. Zwei Stunden hielt die Wirkung der Injektion an; der Kranke wurde wieder unruhig. Ich fühlte ihn den Puls; er war jedenfalls mitunter ansprechend. Ich griff ein zweites Mal nach der Spritze. Wieder weckte der Kampfer die Lebensgeister, diesmal aber nicht mehr in solchem Grade wie früher. Fünf Minuten nach 1 Uhr begann die Agonie, eine halbe Stunde später hatte der Arme ausgerufen. Schluchzend fiel die Frau vor mir auf die Knie und bedeckte meine Hände mit Küßchen. Ich mußte nicht, was das alles zu bedeuten habe. Auf mein Befragen gestand sie mir dann, ihr Mann sei provisorischer Verschieber gewesen; sein Dekret als definitiver Bediensteter trat erst am 1. November 1899 in Kraft. Wäre er

schon am 31. Oktober gestorben, hätte sie außer der Unfallrente und einer kleinen Abfertigung von der Bahnunternehmung nichts erhalten. So aber starb er in der ersten Stunde des 1. November, und zwar als definitiver Beamter, somit hatte sie Anspruch für sich und ihre Kinder auf die Pension. Das war es, was den Unglücklichen zu seiner Bitte, noch bis 1 Uhr nachts zu leben, bewogen hatte.

Welcher Heilbenut gehört aber dazu, vier Stunden lang als Sterbender solche Schmerzen zu leiden, nur um für seine Frau und Kinder besser zu sorgen! Da ist wahres Heldentum, bei der Arbeiterklasse, und nicht bei den säbelrassenden Kriegshelden! —

## Die Sage vom Herkules.

Von August Strindberg.

(Ein Wort an die Denkmalschänder. Die Red.)

Herkules hatte seine sechs Wunder vollbracht und machte sich nun an das siebte, welches in der Reinigung des Augiasalles bestand. Dies war zwar nicht die anstrengendste, dafür aber die unangenehmste Arbeit; denn im besagten Stalle hausten seit 30 Jahren 3000 Ochsen, ohne daß seitdem eine reinigende Faust dazwischen gefahren wäre. Erst versuchte er es mit Schaufel und Besen, da erscholl ein Gebrüll von — denkt euch — 3000 Ochsen: „Laß unsern Mist liegen; das ist unser Mist.“

„Das schert mich den Teufel,“ sagte Herkules und begann auszu-miffen. „Wir wollen unseren Mist behalten!“ brüllten die Ochsen und zeigten ihm die Hörner; doch Herkules schlug ihnen mit der Schaufel um die Ohren, so daß sie schwiegen, und arbeitete ungeachtet des umherfliegenden Schmutzes ruhig weiter. — „Seht den Schweinepelz!“ höhnten die Ochsen. — „Ihr seid die Schweinepelze,“ antwortete Herkules, „denn nicht ich, sondern ihr habt die Schweinerei hier verursacht, und es ist nicht meine Schuld, daß ich beschmutzt werde, wenn ich euch anrühre.“

Die Ochsen schwiegen, doch nun krochen die Mistkäfer, welche in den Exkrementen hausten, hervor. „Laß unseren Mist liegen,“ brummt sie. „Das ist nicht euer, sondern der Ochsen Mist,“ sagte Herkules.

„Ja, aber wir frieren, wenn du ihn wegnimmst.“  
„Dann arbeitet, und ihr werdet nicht mehr frieren.“  
Und sie arbeiteten. Am Abend aber, da Herkules schlief, wälzten sie den ganzen Mist wieder in den Stall zurück, denn er am Tage fortgeschaukelt, und am Morgen sah alles aus wie zuvor.

Als Herkules das sah, wurde er zornig: „Hier kann nichts anderes helfen, als den ganzen Stall unter Wasser zu setzen!“ rief er. Als die Ochsen von Wasser hörten, das sie seit 30 Jahren nicht mehr gesehen, wurden sie rasend und brüllten so laut, daß die Mistkäfer, welche sonst kaum im Dunkeln herauskamen, aufflogen und Schutz auf ihren Rücken suchten. Doch Herkules ließ sich nicht erschrecken; eine Rinne zum nahen Fluß grabend, setzte er den ganzen Stall unter Wasser.

„Er ist ein Volksfeind,“ brüllten die Ochsen, „er will die Ge-sellschaft stürzen; er will die ganze Welt überschwemmen.“  
„Das ist nicht wahr!“ antwortete Herkules, „er will nur den Schmutz forspülen, und ein Volksfeind ist er auch nicht, aber ein Feind von Ochsen und Mistkäfern.“

Als alles rein war, legte sich Herkules nieder, um zu ruhen. „Wie sollen wir uns rächen?“ beratschlagten die Ochsen. „Haben wir keine Waffen? Unsere Hörner fürchtet er ja nicht.“  
„Wir werden ihn mit Dreck bewerfen!“ riefen einige. „Das wärscht er sich ab,“ antworteten andere. So kamen sie nach langem Hin- und Her und nachdem jeder seinen mehr oder minder weisen Rat dazu gegeben, zu dem betäubenden Schluß, daß sie keine Waffen gegen Herkules hatten. Doch ein Mistkäfer, welcher die ganzen Verhandlungen mit angehört, hatte eine Idee. „Seht ihn unter Wasser,“ schlug er vor. „Seht ihn unter Wasser, wie er es mit unserm Stalle gemacht hat.“ „Ja, das wäre schon etwas,“ aber woher denn Wasser nehmen? Der Mistkäfer flüsterete einem Ochsen etwas ins Ohr, dieser wiederum sagte es seinem Nachbarn, und bald wußten alle Ochsen, woher Wasser zu nehmen sei.

Von einer schmutzigen Flut umgeben, erwachte Herkules, doch aus leicht begreiflichen Gründen verlegte diese bald, und Herkules war wieder auf dem Trocknen. Er ging in den Stall und schwang die Keule. Doch begann er sich wieder: „Nur erschlagt keine Laus mit der Keule. Ihr hättet auch wohl reines Wasser nehmen können, wie ich es gegen euch gebrauchte. Aber was ist da zu machen! Ochsen bleiben allzeit Ochsen. Wenn ich euch schlage, weil ihr euch so lumpig an mir gerächt, so kommt nicht hinterher und sagt, daß ich mich wieder an euch gerächt. Ich räche nicht, ich züchtige.“  
Damit schlug er alle Ochsen auf den Pödel, alle 3000. Aber die Mistkäfer ließ er unbeachtet.

## Humoristische Ecke.

Die Eröffnung.

Blutreinigungstee fördert den gesunden Leibeszustand. Bei un-gesundem Leibeszustand empfiehlt es sich, diesen Tee zu genießen. Vor dem Spaziergang.  
Wer dergleichen tun will, folge mir.  
Nach dem Tee gehe ich spazieren.  
In der englischen Anlage. Während meiner außerordentlich er-bendigen Naturbetrachtung beginnt der Tee seine milde Wirkung. Ich fühle direkt die anhebende Blutreinigung.  
Mein eilig suchender Blick ist — das stelle ich mir vor — voll an-festehen, denn die bewußte, hüftenschynliche Niederlassung ist vom Aboden verschwunden, wie weggeblasen.  
Ich verliere ja nichts, wenn ich eilig suche. Da, Altheil!  
Weiter unten steht ein neugebauter diesbezüglicher Pavillon . . . Ich eile, finde den reifen . . . Da trifft mich ein Mann im rötlich-bepörschten Arbeitsanzug entgegen und sagt abweisend und halbamtlich: „Da dürstest du net rei . . . mit kann no net ganz it der Arbeit farti . . .“  
Ich erhebe einige schmerzgequälte Einwendungen. Umsonst. Der barthertzige Mann in der Arbeitsbluse entgegnet: „J derj hna net rei lassen, kommens halt morgen wieda . . . morgen is ie offizielle Eröffnung . . .“ L. P.

Der Zweck.

Die Polizei erlaubt dem friedliebenden Bürger einen Spazier-ang durch die Stadt. Der Schuhmann mit der blauweißen Man-schette — gut bayerisch — ist dabei ein unsehbarer Wegweiser. Vor dem haben wir Respekt und Man-schetten. Wissen Sie, Man-schetten ist beim bayerischen Zivil das, was Feldwebel fürs Mittel-alter bejagt.

Kurz abgekniffen, der passable Bürger bleibt vor einem Haus stehen, schaut hoch und sagt zu dem eben vorbeistreichenden Schuh-mann: „Schanns, bal da a bisla a arger Wind pfeift, hauts den Wammscherm da oben runta . . . weil ka Gitterla vorn Fenst is, drum hauts mir den Wammscherm direkt af mei Platten . . .“  
„Ja den Zweck is die Polizei da! Hans ni vokkana?“ erklärt un-gelassen der Schuhmann und rückt seinen Hitzableiter zu-recht . . . L. P.

Berichtigung.

In dem Artikel „Rote Katholiken“ in Nr. 31 des „Proletariats“ befinden sich zwei sinnentstellende Satzfehler: Im 4. Absatz, Zeile 6 von oben muß es statt „nicht“ „mit“ heißen. Im 5. Absatz, Zeile 13 von unten muß statt „Sozialismus“ „Christentum“ gesetzt werden.